

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 131.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.  
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich  
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 10. November 1906.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene  
Nonpareilzeile 25 Pfennig;  
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt  
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

44. Jahrg.

## Logik und Konsequenz.

II.

Es ist im „Korr.“ schon verschiedene Male darauf hingewiesen worden, daß über kurz oder lang die gegenwärtige Hochkonjunktur wieder einer wirtschaftlichen Krise weichen müßte, und daß die kommende Waise an Furchtbarkeit die früheren überreffen würde, weil dann die Folgen unsrer gemeingefährlichen neuen Zollpolitikara zum erstenmale sich dabei äußern werden. Da die Erfahrung leider lehrt, daß solche Betrachtungen so gut wie keine Beachtung seitens unserer Leser finden, wozu die jetzt so oft nachgeplapperte Klage, der „Korr.“ müßte mehr gewerkschaftliche Erziehungsarbeit leisten, sich höchst wunderlich ausnimmt, so soll heute darauf aufmerksam gemacht werden, daß in der Presse sich jetzt die Stimmen mehren, die uns einen baldigen und heftigen Rückschlag prophezeien. Die „Kölnische Volkszeitung“ sieht die Katastrophe schon für die erste Hälfte des kommenden Jahres voraus. Die „Kommunale Praxis“, die von der sozialdemokratischen Partei herausgegebene Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt, rechnet ebenfalls mit einem baldigen Umschwunge und macht deshalb in ihrer neuesten Nummer Propaganda für die öffentliche Arbeitslosenunterstützung, d. h. das Genter System in Verbindung mit der Arbeitslosenunterstützung der Gewerkschaften. Mit Erwähnung zweier von einem verschiedenen Parteipunkte ausgehender Blätter kann wohl die Wichtigkeit solcher Vermutungen als gegeben angesehen werden.

Wenn unsre Verbandsleitung und die Mehrheit der Mitglieder sich von dem Geschrei des bezeichneten Teiles der Parteipresse hätten hypnotisieren lassen, wäre die einzige Konsequenz der Kampf gewesen. Wir wollen im Augenblicke davon absehen, daß ein Streik von einer Arbeiterschaft eines großen Gewerbes, die für ein ganzes Reich eine zehnprozentige Lohnerhöhung auf dem Vereinbarungswege herausgeschlagen — ein Faktum, das in der Gewerkschaftsbewegung überhaupt kein Seitenstück hat — keinem Verständnis und recht wenig Sympathie begegnet wäre; es sollen nur seine Chancen in etwas ermogt werden. Und da muß jeder Mensch mit noch fünf gesunden Sinnen denn doch wohl sagen, daß ein solcher allgemeiner Zustand, dem sich von vornherein die Perspektive eröffnet, in den Beginn einer verheerenden wirtschaftlichen Krise hineinzugeraten, einfach frivol zu nennen wäre. Eine Organisationsleitung, die schon einmal durch die Verhältnisse in eine derartige Situation gedrängt worden ist — durch den unglücklichen Kampf 1891/1892 mit der in letztem Jahre dann einsetzenden Krise, wodurch den freien Gewerkschaften etwa 60 000 Mitglieder verlustig gingen —, und sich durch die Fanfare aus der Lindenstraße in Berlin sowie der Tauchaer Straße in Leipzig vermitteln und beeinflussen ließe, würde ihres verantwortungsreichen Amtes einfach nicht gewachsen sein. Daß bei einem Kampfe bestenfalls nicht mehr zu holen wäre, als jetzt schon erreicht, daß aber höchstwahrscheinlich das friedliche Ertrugene nicht einmal aufrecht erhalten werden könnte, muß für jeden logisch Denkenden also klar sein. Denn wir

dürfen gar nicht vergessen, daß das Scharfmachertum bei dieser Tarifrevision Gevatter gestanden hat, und daß es gierig auf bessere Gelegenheiten wartet; auch können wir das grinsende Gespenst der wirtschaftlichen Krise nicht dadurch bannen, daß wir den Kopf in den Sand stecken! Wir wetten hundert gegen eins, daß wenn wir törichterweise einen Kampf aufnehmen und dabei auf der Strecke bleiben würden, genau wie 1891/1892 sehr maßgebende Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Parteileitung erklären würden, ein solcher Ausgang wäre ja vorauszu sehen gewesen, wie konnten auch die Buchdrucker so etwas machen usw. Solche Ausführungen sind bekanntlich von Parteiseite auch im Reichstage gemacht worden, als man dort — allerdings unberechtigterweise — der Sozialdemokratie die Schuld an unserm Neunstundenkampfe in die Schuhe schob. Es wäre dann auch nicht mit der Beschwichigungsordre: „Der Verband hat eine Bataille verloren, Ruhe ist die erste Mitgliederpflicht! getan, es würden — wie 1894 — nicht nur wieder 4700 Lehrlinge über die Skala vorhanden sein, sondern sicherlich würde eines schönen Tags der brave Gutenbergbund mit 12000 Mann anstatt mit jetzt 2700 Mitgliedern dastehen, weil er nur in Kriegzeiten gedeihen kann, da sein Metier nicht organisieren, sondern marodieren ist. Das alles wissen die vielen Mitglieder nicht, die von 1896 an sich nur in das warme Tarifgemeinschaftsbett zu legen brauchten, wie „Madi“ sehr treffend in einem seiner Artikel bemerkte. Für uns Buchdrucker liegt daher die Situation jetzt so wie für die Bergarbeiter nach dem Riesenstreik an der Ruhr anfangs vorigen Jahres. Damals waren es im besondern drei Parteiredakteure, die sozusagen das ganze Treiben verriickt machten. Sie hatten es so toll getrieben, daß die Verbandsleitung der Bergarbeiter sich zu einer Erklärung veranlaßt sah, in der es unter anderm heißt:

Bei dem Bergarbeiterstreik aber glaubten allerdings unverantwortliche Ratgeber ein Recht auf Mitbestimmung zu haben. Von vornherein wird die Taktik der Führung offen und geheim bekräftigt, durch Eigenmächtigkeiten wird die Parole der Gesamtleitung durchkreuzt und eine Stimmung erzeugt, die schädlich auf die Einheit der Bewegung wirken muß. Der Generalstreik hat der Verbandsleitung auch die Lehre gegeben, daß sie noch schärfer wie früher die Selbständigkeit des Verbandes nach allen Seiten hin zur Geltung bringen muß!

Trifft dieser Notschrei nicht mit photographischer Naturtreue auf die Zustände jetzt bei uns zu? Und wenn wir erst daran denken, wie von den „Freunden“ der Bergarbeiter darüber gemurmelt wurde, daß der Ausgang dieses gewaltigen, von den Arbeitern leider verlorenen Ringens nicht genügend im sozialdemokratischen Sinne fruchtbarisiert worden ist, wenn wir uns der späteren Verstärkung der Bergarbeiterleitung erinnern, daß sie sich von keiner Seite werde in einen Streik hegen lassen, dann sind wir „vollständig im Bilde“, wie man in Leipzig zu sagen pflegt. Unsere Kollegen draußen im Lande aber hoffentlich auch!

Die drohende Krise zwingt auch den Wert oder Unwert von langfristigen Tarifverträgen wieder etwas eingehender zu untersuchen. Auch in dieser Beziehung ist wenig von Konsequenz bei unseren Kritikern wie in unseren eignen Reihen zu spüren. Der „Boym“, der feinerzeit einmal

langfristigen Tarifen das Wort redete, welcher den achtjährigen unserer österreichischen Kollegen als eine große Ertrugenschaft rühmte, ist im allgemeinen jedoch der Ansicht, daß schon ein fünfjähriger Vertrag zu lange ist. Wenn von einem idealen Tarifvertrage die Rede sein könnte, würde wohl der als ein solcher bezeichnet werden können, der auf die Dauer von fünf Jahren drei periodische Lohnerhöhungen vorsieht. Damit würde den Unternehmern das Entgegenkommen erleichtert und die Arbeiter könnten ratenweise vielleicht mehr herausholen, als dies jetzt auf einmal möglich ist, wie bei uns Buchdruckern. Auch in bezug auf die Arbeitszeitverkürzung wäre so wohl mehr zu erreichen. Solche Tarife bestehen schon zu einem beträchtlichen Teile in Deutschland und auch der österreichische Buchdruckerarif weist in betreff der Bezahlung eine ratenweise Erhöhung auf: in acht Jahren 4,25 Mk. Die Tarife dieser Art wie überhaupt die meisten haben jedoch neben anderen noch zu erbitternden Schwächen als Hauptmangel eine zu kurze Dauer. Das mag paradox klingen, hat jedoch seine Berechtigung. Es ist ein weitverbreiteter Glaube, daß die Arbeiterschaft mit solchen Tarifen am besten die Konjunktur auszunutzen vermag. Das ist jedoch mehr Irrtum als Tatsache. Denn die dem Auf und Nieder der Geschäftskonjunktur am meisten ausgesetzten Industrien: Baugewerbe, Metallindustrie, Holzgewerbe, haben auf beiden Seiten ein gleich großes Interesse an einer möglichststen Ausnutzung der wirtschaftlichen Situation. Und wenn die deutschen Bauunternehmer ihre Taktik so einzurichten verstanden, daß die übergroße Zahl der bestehenden Tarifverträge im Jahre 1908, einer Periode voraussichtlich sehr schlimmen geschäftlichen Tiefstandes, abläuft, dann ist es doch keine Preisfrage mehr, zu wessen Vorteile kurzfristige Tarife in Wirklichkeit ausschlagen. Eine längere als fünfjährige Dauer würde sich aber auch nicht empfehlen, bei uns im besondern nicht. Die Maschinentechnik erfährt jetzt in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraume so gewaltige Umwälzungen, daß von einem Anpassungsvermögen an die gegebenen Verhältnisse dann gar nicht mehr die Rede sein könnte. Das aber ist ein Kardinalpunkt in dem Wirtschaftsleben von heute. Es hat deshalb schon Zweifler darüber gegeben, ob das Maschinenzeltalter der Tarifgemeinschaftsidee nicht das Lebenslicht ausblasen würde; es zählen darunter Leute, wie z. B. Weinhausen, die sonst als erklärte Freunde der Tarifgemeinschaften bekannt sind.

Da die Tarifverträge in fast allen anderen Gewerben Maximaltarife mit Stundenlöhnen sind und immer nur mit den in einzelnen Branchen in den Großstädten gezahlten Löhnen argumentiert wird, so schlägt man der Logik ein nettes Schnippen, wenn diese Tarife unsrer Tarifgemeinschaft als vorbildlich hingestellt werden. Will oder kann man nicht verstehen, welcher wesentliche Unterschied zwischen (von den anderen Gewerkschaften überwiegend auch angestrebten) Minimal- und Maximal-, zwischen Wochen- und Stundenlöhnen besteht? Ist es ferner nicht möglich, den großen Vorteil eines Einheitstarifes und den recht zweifelhaften Wert eines hohen Lokaltarifes zu erfassen, dessen Bestand durch die Schlechtbezahlten aus der Provinz stets gefährdet ist? Man vergegenwärtige sich doch nur,

daß immer schon die Berliner Kollegen über den großen Zugzug aus der Provinz klagten, von dem sie einen Druck auf das Lohnniveau befürchteten. Es kann hier nicht detaillierter auf diese Unterschiede eingegangen werden, an der Hand von authentischem Materiale wird das jedoch in einer spätern Zeit gesehen. Wenn heute erklärt werden kann, daß Lillie sich für die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker ausgesprochen hat unter der Voraussetzung eines **Maximaltarifes**, dann müßte doch das die weitesten Spannungen nach oben zulassende System des **Minimaltarifes** jedem ohne weiteres als das für die Arbeiter wesentlich vorteilhaftere einleuchten.

Man kann sich oftmals eines Lächelns über die Inkonsistenz von Leuten nicht erwehren, die eben erst am eignen Leibe erfahren, wie schwer es doch ist, für alle Angehörigen eines Berufes annehmbare Arbeitsverhältnisse und ein Mitbestimmungsrecht bei Festsetzung derselben zu erreichen, womit — ein ganz erheblicher Vorteil der Einheits- bzw. Generaltarife — die Konkurrenz der Arbeiter untereinander eine bedeutende Einschränkung erfährt. Unter Verzicht auf Verwendung eignen Materials sei nur daran erinnert, daß es Zubeil auf dem Jenaer Parteitage war, der die sehr ungleichen Verhältnisse zwischen fortgeschrittener Großstadt und rückständigen Landorten wie folgt beleuchtete: „In einem und demselben Berufe und Verbände ist an einem Orte die neunstündige Arbeitszeit und 60 bis 70 Pf. Stundenlohn erkämpft, an einem andern Orte und Gegen müssen sie noch um die elfstündige Arbeitszeit und um 25 bis 30 Pf. Stundenlohn kämpfen.“ Freilich hat Zubeil das nicht in einem die aufbauende Tätigkeit der Gewerkschaften anerkennenden Sinne gesagt; es muß ihm aber zugestanden werden, daß wenn sich auch in dieser Beziehung die Verhältnisse dank der zentralistischen Richtung der freien Gewerkschaften schon gebessert haben, es im allgemeinen doch ungefähr so ausschaut. Das wollen sich die gerade nicht wenigen Kollegen merken, die sich durch hohe Großstadtkundenlöhne blenden lassen, die Zustände bei uns dagegen grau in grau malen und damit unbewußt dem Gedanken der Lokalisierung und Isolierung Konzessionen machen. Eine solche Berufsgruppe, die den Wert einer Reichstarifgemeinschaft sehr hoch anschlagen müßte, weil sie vier Jahre lang darum interpellierte und parlamentierte, ist die der Ortskrankenkassenbeamten. Wenn nun deren Organ, die „**Volks-tümliche Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung**“, in einer Belpredung unsers Tarifes zu dem Schlusse kommt: „Vielmehr glauben wir, daß ein frisch-fröhlicher Kampf auch den Mitgliedern des deutschen Buchdruckerverbandes recht heilsam gewesen wäre“, dann hat man damit wieder einen Beweis, wie wenig Logik und Konsequenz heutzutage dazu gehört, in der Arbeiterbewegung einen forschen Keel zu machen. Hat denn die Redaktion genannter Zeitschrift wirklich schon wieder vergessen, daß es auf der diesjährigen Tagung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen (19. bis 21. August in Düsseldorf, siehe Nr. 102 des „**Korr.**“) und in der Zwischenzeit von der vormaligen Jahresversammlung zur diesjährigen eines großen Entgegenkommens und Nachlassens in den Forderungen und schließlich der Ueberstimmung der radikalen Kassenvorstände (Leipzig, Dresden, Chemnitz) durch die übrigen (nicht zuletzt auch von Arbeitsgebervertretern) bedurfte, um noch zu einem annehmbaren Resultate zu kommen und die Tarifgemeinschaft endlich zustande zu bringen? Erweislich waren es gerade die in der sozialdemokratischen Partei (es seien nur Hollender-Leipzig und Gräßdorf-Dresden genannt) eine große Rolle spielenden Vertreter der drei größten sächsischen Klassen, welche sich mit Händen und Füßen gegen die Höhe der gestellten Forderungen und gegen eine Tarifgemeinschaft überhaupt wandten, und zwar mit Argumenten, wie sie von Unternehmerverbänden ganz und gäbe sind bei Lohnbewegungen der Arbeiter. Warum haben die Krankenkassenbeamten zurückgehust, warum haben sie das Erreichte, als Ganzes betrachtet, doch als eine Errungenschaft angenommen, warum sind sie nicht in einen frisch-fröhlichen Kampf

um die Totalität ihrer Forderungen getreten, der unter gewissen Umständen auch bei ihnen möglich und schließlich auch recht heilsam für sie gewesen wäre? „Tadeln können zwar die Toren, aber besser machen nicht!“

Damit die Reihe voll werde, dürfen auch Kautsky und Rosa Luxemburg nicht unter denen fehlen, die uns zeigen wollen, daß Logik und Konsequenz nicht ihre stärkste Seite ist. Bei dem bekannten „Vorwärts“-Konflikte nach dem Jenaer Parteitage waren es nicht zuletzt die beiden Genannten, die mit Empfasse den Grundsatz verfolgten, daß dieses einzig dastehende Vorkommnis eine reine Parteiangelegenheit sei, welche die Gewerkschaften gar nichts angehe, weshalb man diesen nur „wohlmeynend“ zuzurufen könne: Hände weg! Kommen aber die Buchdrucker irgendwie in Frage, dann ist nicht nur für den „**B.**“, sondern auch für Kautsky und Rosa Luxemburg die Notwendigkeit gegeben, ihre Stimme zu erheben, denn: „Verträge in solchen Formen sind wahrlich nicht mehr Sache der Buchdrucker allein,“ erklärte ja der „**B.**“ Also, wie's trifft, und im besondern: wenn es die Buchdrucker betrifft! Der Artikel Kautskys „**Der neue Tarif der Buchdrucker**“ in der „**Neuen Zeit**“ gehört nicht zu seinen besonderen Leistungen. Er setzt sich zusammen aus vielen Zitierungen, enthält mehrfach sachliche Irrtümer und noch häufiger schiefe Auffassungen, so daß er im Grunde genommen nur eine vollständige Bewahrheitung seiner Eingangsworte ist: „Es kann nicht unsere Aufgabe sein, an dem neuen Tarife eine Kritik zu üben, zu der nur der Sachmann befähigt wäre.“ Rosa Luxemburg wählt eine andre Methode der Kritik an unseren Tarifvereinbarungen. Sie hält uns unter möglichster Vermeidung der bei ihr sonst so gewohnten inotigen Ausfälle gegen die Gewerkschaftsführer in der „**Neuen Zeit**“ die Erfolge unserer russischen Kollegen vor Augen, wobei selbstredend die uns „vom Kapitale diktierten so unwürdigen Bedingungen“ in Haufsch und Bogen verdammt werden. Es kommt uns natürlich nicht im geringsten in den Sinn, neidisch zu verkleinern, was die russischen Buchdrucker erreicht haben. Wie Rosa Luxemburg selbst zugesteh, herrschten die vor-sintflutlichsten Arbeitsverhältnisse für die Kollegen jenseits der Weichsel, die nun unter dem Ausnahmezustande einer schon im zweiten Jahre währenden Revolution sprunghaft Erfolg um Erfolg ernteten. Ist aber dieses ungeheure Vorwärtsbringen nur bei den Buchdruckern in Rußland zu verzeichnen gewesen, haben nicht auch die übrigen Arbeiter die nämlichen oder fast die gleichen Errungenschaften aufzuweisen, ist nicht die russische Gewerkschaftsbewegung überhaupt erst geboren unter dem Zeichen der Revolution, also unter einzig dastehenden Ausnahmeverhältnissen, wo das Unternehmertum sich zu den weitgehendsten Konzessionen bereit erklärte, um zu dem politischen nicht auch noch den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu gesellen? Von der übrigen Arbeiterschaft redet Rosa Luxemburg aber nicht, auch nicht davon, daß als Rückschlag dieser anormalen Zustände zeitweilig schon eine ungeheure Arbeitslosigkeit in den russischen Industriezentren geherrscht hat (auch jetzt wieder in Petersburg, wo Arbeiter auf der Straße vor Hunger zusammenbrechen und sterben), welche die erzielten Erfolge wieder illusorisch machte. Daß die russischen Buchdrucker am besten abschnitten, daß sie gewissermaßen die Führung hatten auf dem wirtschaftlichen Kampffelde, kann uns deutsche Kollegen nur mit Verehrigung erfüllen, denn in dem „**tollen Jahre**“ 1848 waren ja die deutschen Buchdrucker auch die Pioniere für die übrige Arbeiterschaft! Aber unsere Rückständigkeit damit beweisen zu wollen, indem man uns vorhält, daß in verschiedenen Druckorten Rußlands der Achtstundentag eingeführt (unter Verschweigung, daß z. B. in den baltischen Provinzen nur der Neunstundentag und ein dem unfrigen — jetzigen — Tarife fast gleicher Tarifvertrag erreicht wurde), und daß einen Haupterfolg der gewerkschaftlichen Kämpfe im russischen Buchdruckgewerbe die Anerkennung der Arbeitervertreter resp. Organisation bildet (unter absichtlicher Ignorierung, daß der deutsche Verband in dieser Beziehung mindestens

ebenjoweit ist), das ist denn doch mehr als fauler Zauber. Dafür, daß die Vergleiche mit Rußland absolut hinken, haben wir in Bebel einen klaffischen Zeugen. Was dieser am dritten Verhandlungstage in Mannheim über die Aussichten eines politischen Massenstreiks und die Möglichkeit ähnlicher Kämpfe wie in Rußland für Deutschland ausführte, ließ immer wieder auf den Grundsat hinaus, daß die Situation in Rußland mit der in Deutschland in keinem Betracht vergleichbar sei. Allerdings war Rosa Luxemburg von dieser glatten Verneinung der russischen Kampfesführung durch Bebel für Deutschland nicht weniger als erbaut, aber sie muß es sich schon gefallen lassen, daß uns trotz allem andern der alte Feuerlopf Bebel doch mehr Autorität ist als sie, die Revolutionsromantikerin sans phrase. Das Verfahren von Rosa Luxemburg erinnert recht lebhaft an die Verherrlichung der österreichischen Tarifvereinbarungen durch „**Vorwärts**“ und „**Leipziger Volkszeitung**“ im vergangenen Jahre, die wir gewiß nicht in ihrer Bedeutung für die österreichische Kollegenchaft herabmindern wollen. Wenn man aber einen Tarif von achtjähriger Dauer und mit Lohnsätzen, die bis Ende 1909 niedriger sind als die nach dem Tarife von 1902 in Deutschland, nämlich in den fünf Klassen 18,70, 20,40, 22,10, 23,80, 24,65 und 26,35 Mk. betragen (für Ausgelernte beim Lehr- oder bei einem andern Prinzipale von 15,30 bis 20,40 Mk.), die in der höchsten Klasse bis Ende 1911 — also bei Ablauf unsers neuen Tarifes — erst auf 28,05 Mk. angehten sind, während nach unserm jetzigen Tarife (1902) das Minimum in der höchsten Klasse (Berlin, Hamburg) schon 28,13 Mk. beträgt, uns unter die Nase reißt, dann müssen wir gegen solche Kosttäuschpolitik denn doch protestieren, zumal sie lediglich dazu bestimmt ist, unsere Kollegen zu verheizen. Es fehlte nur noch, man fände uns „**bornierten Buchdruckergewerkschaftlern**“ (aus dem Wortschätze der „**B.**“ entnommen) mit der elendigst verkrachten direkten Achtstundentagaktion der französischen Arbeiter, um unsre gräßliche Rückständigkeit darzutun! Wir empfehlen jedwem wisselst. Kritikastent, einmal gründlich die Rede des Textilarbeiters Renard auf dem soeben beendeten französischen Parteitage nachzulesen, die als eine der eindrucksvollsten bezeichnet wird. Der Generalstreik hat nirgends Erfolg gehabt, meinte dieser Redner, sich dann gegen die Amateure in der Arbeiterbewegung wendend, „**die Streiks auf der Generalstabkarte vorzeichnen, aber nirgends zu finden sind, wo wirklich gekämpft wird.**“ Nach dieser mit donnerndem Applaus aufgenommenen Anspielung auf bestimmte Vorredner fuhr Renard fort:

Es ist sehr billig, auf dem Parteitage seinen Geist auf Kosten verbitterter Parteigenossen glänzen zu lassen, aber fern von dem entsehligen Gend, das jeder Streik im Gefolge hat, gemächlich seinen Rücken in die Schokolade zu tunen! Sehen Sie Ihren klingenden Schellen einen Dämpfer auf! Nicht den Massen zu schmeicheln ist unsre Aufgabe, sondern unter Umständen auch vor Streiks zu warnen! Man darf nicht Streiks unter ungünstigen Verhältnissen und gegen die öffentliche Meinung beginnen!

Es gibt solcher Amateure in Deutschland auch zur Genüge; es würde gewiß nichts schaden, wenn sie sich die Renardschen Ausführungen hinter die Ohren schreiben würden.

Und weil aufstehende Kreise verstanden haben, eine babylonische, sich jedoch immer mehr auflösende Verwirrung in unseren Reihen anzurichten, soll eine Außerordentliche Generalversammlung mit einem Kostenpunkte von etwa 20000 Mark einberufen werden? Jetzt, wo die Stellungnahme der Mitgliederschaft im Reich den Ueberblick gestattet, daß die 24 ablehnenden Orte bzw. Bezirke höchstens 18000 Mitglieder repräsentieren, denen 84000 gegenüberstehen, die sich für den Tarif erklärten, wobei zu berücksichtigen, daß in den ablehnenden Orten verschiedentlich auch erhebliche Minderheiten für den Tarif sind? Können wir diese Summe nicht zinstragender anlegen, z. B. durch Anstellung einer weiteren Kraft im Zentralvorstande, die in erster Linie zur Agitation Verwendung finden müßte? Zur inneren Agitation, damit die paar Behtausende von neuen Mitgliedern seit 1896 durch das ge-



sprachene Wort die notwendige gewerkschaftliche Vertiefung erfahren, die wirklich nicht allein durch den ja nicht einmal obligatorischen „Korr.“ erreicht werden kann? Wäre es im weiteren nicht empfehlenswert, auch ohne einen dringlichen Anlaß — also öfter als jetzt — Gausvorsteher- und Gehilfenvertreterkonferenzen einzuberufen, um eine größere Einheitslichkeit in allen Organisations- und Tariffragen herbeizuführen? In anderen Gewerkschaften ist das fast überall Sitte, der Parteivorstand will mit periodischer Einberufung der Parteisekretäre und Redaktionen den gleichen Brauch einführen, und selbst unsere Prinzipalsorganisation (deren Mitglieder über 50000 von den etwa 58000 Buchdrucker-gehilfen Deutschlands beschäftigen — Wis für den „Borw.“) hat seit ihrer Reformierung eine ähnliche Praxis eingeführt. Kein Mensch kann behaupten, daß bei uns für die Agitation das Geld nur so zum Fenster herausfliegt. Größere Aufwendungen hierfür sind, das lehrt die jüngste Tarifkampagne deutlich genug, wirklich notwendig. Jetzt gebracht es aber auch an Kräften, denn im Zentralvorstande wie in der Redaktion ist man in jeder Beziehung überlastet. Uebrigens wäre es gewiß nicht zum Schaden der Allgemeinheit, wenn die Gausvorsteher und Gehilfenvertreter dann und wann einmal aus dem Borne ihrer vielseitigen Erfahrungen etwas in den „Korr.“ fließen lassen würden. In den Organen anderer Verbände ergreifen die Männer der praktischen Gewerkschaftsarbeit auch einmal das Wort; bei uns würden sie gewiß nicht minder gern gehört werden. Eine weitere Belastung mit Arbeit wäre damit wohl nicht verbunden, da doch nur an eine gelegentliche Betätigung nach besagter Richtung gedacht werden kann. Beschäftigen wir uns also mit wirklich zeitgemäßen Aufgaben, und legen wir ruhig den Gedanken an eine Außerordentliche Generalversammlung als völlig überflüssig ad acta.

Über Berlin? hört man schon im Geiste fragen. Ja, ist denn Berlin der Verband der Deutschen Buchdrucker, oder sind es bloß 8000 Mitglieder, die sich ebenfalls dem Willen der Mehrheit unterzuordnen haben und auch fügen wollen: — wenn eine Außerordentliche Generalversammlung gesprochen hat? Kund heraus gesagt: Die Berliner Kollegen wollen sich mit ihrem Verlangen nach einer Außerordentlichen Generalversammlung nur salbieren; wie der Hase dabei laufen wird, wissen sie jetzt ebenso gut schon wie die das gleiche Verlangen stellenden Mitgliedschaften. Eine Urabstimmung für Berlin allein würde jetzt sicherlich die Annahme des Tarifes zeitigen! Zuschriften aus Berlin sprechen in dieser Beziehung eine deutliche Sprache. Man vergesse doch nicht, daß in Berlin der „Borw.“ erscheint, dessen Wählerarbeit in Bezug auf den neuen Tarif hinreichend bekannt ist; man vergesse weiter auch nicht, daß der „Korr.“ verhältnismäßig schlecht in Berlin gelesen wird — und man weiß alles. Berlin stellte an die Dresdner Generalversammlung die Anforderung, sich für eine 7 1/2 prozentige Lohnerhöhung, für Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde und Fortfall des Staffeltarifes zu erklären. Welcher Aufnahme dieser Antrag bei dem Tarifausschusse begegnen würde, das hat Kollege Schliebs in Dresden schon in nicht mißzuverstehender Weise angedeutet (S. 48 des Protokolls). Berlin hat dann zur Gausvorsteherkonferenz eine rein materielle Erhöhung um 12 1/2 Prozent verlangt — de facto ist sie ihm im neuen Tarif auch geworden! Wer natürlich daran gedacht oder darauf Häuser gebaut hatte, daß alle Forderungen, die von der Gausvorsteherkonferenz aufgestellt wurden, durchgehen müßten, dem ist allerdings nicht zu helfen; auf die Einschätzung als geschulter Gewerkschaftler kann ein solcher Kollege keinen Anspruch erheben. Verhandeln bedeutet handeln; die Prinzipale mußten in der Lohnfrage ja auch zweimal nachgeben. Uebrigens bietet der neue Tarif in Nebenpunkten eine Reihe von Verbesserungen, denen man jetzt gar keine Beachtung schenkt; man beliebt nur Schattenseiten zu sehen. Jetzt steht auch, daß seit 1873 der materielle Effekt noch bei keiner Bewegung sich auf 10 Proz. belaufen hat, die zwar bei dem förmlich auf eine Hungersnot hintreibenden Lebensmittelwucher der agrarisch versklavten Reichsregierung nicht aus-

reichend sind, welchem Notstande unsere Prinzipale ja schließlich aber auch mit der famosen Einrede der Kohlenbarone begegnen konnten, daß sie doch daran nicht schuld wären, sondern die Regierung! Fest steht weiter, daß die Spannung zwischen dem Geforderten und dem Erreichten außer 1873 noch nicht so klein war wie diesmal. Man denke nur an 1896, wo eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde und Erhöhung der Grundpositionen um 15 Proz. gefordert, aber nur eine halbständige Arbeitszeitverkürzung und 2 1/2 Proz. Lohnerhöhung erreicht wurde. Der Abschluß von Organisation zu Organisation ist ganz besonders von Berlin verlangt, daß unter ihm gewisse Extratouren aufhören müssen, war doch von vornherein klar.

Daß das Verhalten der übrigen opponierenden Mitgliedschaften usw. auch nicht allzusehr von Logik und Konsequenz belastet ist, beweist am schlagendsten, daß sie alle, sofern nicht Tarifvorworte, Anträge auf Erhöhung der Lokalzuschläge in dem Tarife gestellt haben, den sie mit mehr oder weniger Entrüstung verwarfen! Sogar Spanbau befindet sich dabei, obwohl es einstimmig in einer Resolution zum Ausdruck gebracht hat, „daß sie es für ihrer unwürdig hält, sich noch weiter mit einem derartigen, den heutigen Steuerungsverhältnissen nicht entsprechenden Tarife sowie dem die Bewegungsfreiheit des Verbandes unterbindenden Organisationsverträge zu befassen.“ Wer soll denn dabei noch ernst bleiben und sich zum Verteidiger der Forderung nach einer außerordentlichen Tagung unsehr Verbandsparlamentes machen? Diejenigen, welche böswillig genug sein sollten, sich nicht dem Spruche der Mehrheit — der großen Mehrheit — zu beugen, werden es auch nicht nach Stattfinden einer besondern Generalversammlung tun. 1896 ist auch in dieser Beziehung lehrreich. Im Juli jenes Sturmjahres trat unter den bekannten kritischen Umständen eine Generalversammlung in Halle a. S. zusammen — und am 2. November 1902 erst leisteten die Gewerkschaftler wieder einen Beitrag zum Verbands. Gott bewahre uns davor, daß solche Jahre wieder über unsere Organisation kommen! Diese Reminiszenz hat nur den Zweck, darzutun, daß wenn kein guter Wille vorhanden, die Majestas populi anzuerkennen, auch eine Außerordentliche Generalversammlung daran nichts zu ändern vermag. Lassen wir vielmehr das gelten, was die Erfahrung gelehrt, nämlich, daß der „Schnapsgroschentarif“ von 1896 sowohl wie das „Tarifungeheuer“ von 1901 uns und unsrer Organisation materiell wie ideell genügt, weshalb auch das „Tarifmonstrum“ von 1906 nur nach dieser Richtung ausgeschlagen wird — wenn wir es verstehen und wenn wir alle fest entschlossen sind, das aus ihm zu machen, was der neue Tarif zum Vorteile für uns werden kann!

Noch eins: Eingangs des ersten Artikels war gesagt, daß Ben Akiba nicht gerade mehr Anspruch hat auf unbedingte Glaubwürdigkeit; die feine, aber verunglückte Auspielung Rezhäusers gegen die Kollegen Döblin und Raffini durch Richard Fischer scheint dafür ein weiterer Beweis zu sein. Aber es scheint nur so, und zur Ehrenrettung des alten Ben Akiba muß gesagt werden, daß diese Auspielungskünste — richtiger: Demagogenkünste — nichts Neues mehr sind. Herr Johannes Giesberts, ebenfalls Reichstagsabgeordneter, hat in den von ihm geleiteten Blättern („Westdeutsche Arbeiterzeitung“ und „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“) nämlich Fischer die Suprematie darin freitig gemacht. Schon mehr als einmal hat er den „Kundschauer“ des „Korr.“ gegen Rezhäuser ausgespielt. In der Nummer des „Zentralblattes“ vom 22. Oktober wird aber so christlich lieblich wie noch nie über den „Schmuckfinken“ im „Korr.“ geschimpft, der seit einem halben Jahre (?) an den christlichen Gewerkschaften kein gutes Haar lassen soll. Warum wohl? Nun, man staune und höre: um die radikale Richtung in unserem Verbands unter Hinweis auf die von den Christlichen uns drohende „Gefahr“ von überspannten Ansprüchen abzuhalten!!! Damit also mein Kollege Rezhäuser, der über diese Naivität ebenfalls Tränen gelacht, nicht wieder zu unrecht gegen andere ausgefegelt wird, bekennt sich als Verfasser dieser beiden Artikel Willy Krahl.

## Richard Fischer.

Die Gemeinheit frockt dich nieder,  
Denn sie zielt zu gut gebett,  
Und sie steigt, siegt immer wieder,  
Bis sie an sich selbst verreckt!

Seemann Ding.

Der Mann, dem selbst sein Genosse Robert Schmidt in Jena nahe legte, sich dem technischen Personale im „Borwärts“ gegenüber in einem etwas ruhigeren Temperamente zu zeigen und Fischer vorwarf, daß dessen Urteil „in striktem Gegensatz zur gewerkschaftlichen Auffassung steht“, macht sich in Nr. 259 des „Borwärts“ daran, meine Kennzeichnung seiner Person von sich abzuschütteln. Das ist mir verständlich, denn wenn man durch die Souveränität des Volkes zum höchsten bürgerlichen Ehrenamte berufen ist, möchte man den Vorwurf der Lüge und Ehrabschneideri nicht gern auf sich sitzen lassen. Deshalb sucht nun der Reichstagsabgeordnete und „Kollege“ Richard Fischer in der bei ihm gewohnten und innerhalb seiner Partei als notorisch bekannten Form meine Behauptungen zu „widerlegen“. Das geschieht wie folgt:

... Das Achtgroßschonjungenorgan, die Herrn Rezhäuser so charakterverwandte „Post“, gibt ihm vor aller Welt den Brudergruß ...  
... Rezhäuser, dem der liebe Herrgott den Sinn für Wahrheit verlag hat ...  
... Der ehle Rezhäuser ...  
... Systematischer Verleumder der „Borwärts“-Buchdruckerei ...  
... Rezhäuser bleibt der Verleumder ...  
... Die Charakterlosigkeit Ehren-Rezhäusers ...  
... Noch verächtlicher als der anonyme Schuft kommt mir der literarische Bravo vor ...  
... Diese gewundene Ausdrucksweise kennzeichnet den Durchein und seinen Schuppatron, dem jeder Lump gut genug ist, wenn er ihm nur Verleumdungsmaterial gegen die „Borwärts“-Buchdruckerei liefert ...  
... Ihn kann man nur züchtigen, wenn er gar zu frech wird ...  
... Rezhäuser bleibt gerichtet als gewissenloser und skrupelloser Ehrabschneider, der wider besseres Wissen die Unmahrheit sagt ...

Die Leser des „Korr.“ können sich nunmehr die Zwischenfälle mit Beistigkeit hinzudenken. Herr Reichstagsabgeordneter Richard Fischer aber geht noch weit über die bei ihm gewohnten Gemeinheiten und Brutalitäten hinaus: er erlaubt sich sogar „Feststellungen“! Die erste gegenüber der Erklärung Döblins. Nach Fischer hat Döblin weder auch nur mit einer Silbe die „Darlegung“ der Geschäftsleitung bestritten, noch die „Verleumdungen“ Rezhäusers bestätigt. Fischer geht dann im Hinblick auf die Urteilslosigkeit der „Borwärts“-Leser gegenüber unseren Verhältnissen sogar so weit, aus der Erklärung Döblins eine Bestätigung seiner (Fischer's) Behauptungen herauszubestimmen, obwohl Döblin ausdrücklich sagt, daß er das Verhalten Rezhäusers „insbesondere dem ‚Borwärts‘ gegenüber“ billige. Und da es sich um die von mir in bestimmter Form erhobene Anklage und die Erwiderung Fischers handelte, welche ja die Erklärung Döblins auslöste, so kann man über die sonst an Fischer gar nicht gewohnte Bescheidenheit nur staunen, wie er mit dem, was ihm zu seinem Ungunsten von dem Verbandsvorsitzenden Döblin bestätigt wird, sich befriedigt erklärt. Man muß das kindliche Gemüt Fischers und die Naivität eines Pensionsträuleins besitzen, um in der dem Fischer durch die Erklärung Döblins applizierten Ohrfeige eine „Ehrenrettung“ für Fischer zu erblicken. Hätte es sich darum gehandelt, daß die „Darlegungen“ der Geschäftsleitung richtig, dann brauchte Döblin dem nicht zu widersprechen, was zu meinen Ungunsten von Fischer behauptet worden ist, und das waren eben dessen Vorwürfe, daß ich den „Borwärts“-Betrieb „verleumdet“ hätte! Das liest jeder aus der Erklärung Döblins heraus, nur Fischer nicht, dessen Charaktereigenschaften noch nie etwas mit Objektivität und Gerechtigkeit zu tun gehabt haben. Wenn übrigens Fischer glaubt, Döblin habe mit seiner Erklärung mir eine „schallende Ohrfeige“ versetzt, so will ich nur konstatieren, daß Döblin, ebenso wie ich, jederzeit behaupten wird, daß jene „raffinierte Kontrolle“ im „Borwärts“-Betriebe geübt worden ist. Und ich kann mich wohl mit größerm Rechte auf Döblin berufen als Richard Fischer! Und

**was sagt Fischer zu dem so sorgfältig behüteten geheimen Kontrollbuche, das das Personal nicht zu sehen bekam?** Das selbe Buch, das man nur einem „traurigen, oberfaulen, zweiseitigen Ehrenmanne“ auf einen kurzen Augenblick zur Einsicht gestattete!

Fischer geht aber noch weiter, er wird sogar „logisch“:

Entweder sind die Zustände in der „Vorwärts“-Buchdruckerei so scandalös, wie Reghäuser sie schildert, dann ist es verdammt Pflicht und Schuldigkeit des Verbandsvorsitzenden und des Berliner Gewerkschafters, dagegen einzuschreiten; da dies nicht geschehen ist und Döblin auch in seiner Erklärung zur Unterstützung Reghäusers kein Wort sagt, so liegt die Schlussfolgerung nahe: Reghäuser bleibt der Verleumder!

Wie „nahe“ doch diese Schlussfolgerung liegt! Nur hat sie ein Boß. Ich habe nicht von allgemeinen skandalösen Zuständen im „Vorwärts“-Betriebe gesprochen, wie Fischer jetzt die ihm unbecommene Schläge zu konstruieren oder umzuwälzen beliebt, sondern von einer raffinierten Kontrolle bei den Maschinenseßern. Und da diese Kontrolle jetzt beseitigt ist, liegt weder für den Gewerkschaftler noch für den Verbandsvorsitzenden ein Grund zum Einschreiten vor. Als damals diese Kontrolle geübt wurde, hat sie auch den entsprechenden Widerstand gefunden. Der kategorische Imperativ des Herrn Fischer kommt also eine Postmeile zu spät.

Der Herr „Direktor“ des „Vorwärts“-Betriebes — den ich in Nr. 129 insoweit „verleumdet“ habe, als er nicht 6000, sondern 7000 Mk. bezieht — bemächtigt sich sobann bei seiner zweiten „Feststellung“ meines Kollegen Schliebs, der „zum mindesten eine leichtfertige Verleumdung verbrochen“ hat. Jenes Kontrollbuch hatte eben nicht den Zweck, „eine raffinierte Kontrolle über die Arbeit der Maschinenseßer auszuüben, sondern weil es mit Hilfe des Personals eine Kontrolle schaffen sollte über die beste Verwendbarkeit der Maschinen für die verschiedenen Arbeiten der Druckerei.“ Wer lacht da nicht? Ich habe noch nie angestanden, eine Kontrolle der Leistungen der Gehilfen dem Prinzipale zuzugestehen, und weil demselben eine solche Kontrolle nicht verweigert werden kann, haben auch die Gehilfenvertreter bei den diesmaligen Tarifberatungen der Herausgabe eines einheitlichen Kontrollschemas durch das Tarifamt zugestimmt. Diese Kontrolle nun gab dem „Vorwärts“ Veranlassung zu schreiben: „Die Leistungs-Klausel und die Kontrolle im neuen Tarife machen die zehnprozentige Lohnerhöhung desselben nahezu wieder wert.“ Was also der „Vorwärts“-Betrieb nach Richard Fischer für sich beansprucht, nämlich eine Kontrolle auszuüben, um „die beste Verwendbarkeit der Maschinen“ feststellen zu können, verwandelt sich im „Vorwärts“, wenn dies von anderen Prinzipalen beansprucht wird, in eine Aufhebung der bewilligten zehnprozentigen Lohnzulage! Wenn das nicht handgreiflichste Verheerung und heruntergekommene Demagogie ist, dann hören die Begriffe hierfür auf, und wenn ich angefaßt der feinerzeit vom „Vorwärts“-Betriebe geübten raffinierten Kontrolle, die zur Schikane ausartete, die Kennzeichnung zwischen Theorie und Praxis im redaktionellen und technischen „Vorwärts“ unterlassen hätte, dann wäre es feig und erbärmlich von mir gewesen. Diesen Tatbestand verschiebt Fischer und meine berechtigten, vor jedem Forum zu rechtfertigenden Kritik übergießt er mit einem Faßchen Sasse von Gemeinheiten, die diese hervorragende Tierde des deutschen Reichstages selbst in seinen Kreisen berühmt gemacht haben. So lange ich Redakteur am „Korr.“ bin, habe ich noch nie die Arbeitsverhältnisse im „Vorwärts“ einer Kritik unterzogen, und wenn ich es in Nr. 121 das erste Mal tat, so zwang mich dazu die elende Demagogie der „Vorwärts“-Redaktion. Statt nun auf die Sache selbst einzugehen, läßt der Fischer im Tone eines alten Fischweibes (womit ich den ehrenwerten Stand der Fischweiber nicht kränken will) eine Schimpfkanone los, wie sie nur der niedrigen Gesinnung und dem blöden Größenwahne des Herrschers im „Vorwärts“-Betriebe zu eigen sein kann, und bezichtigt mich eines steten Verleumdungsfeldzuges

gegenüber dem „Vorwärts“-Betriebe. Das ist ebenso ordinär wie verlogen, und es gehört die bodenlose Ignoranz eines Uebergewissens dazu, eine unlegbare Tatsache in das Gegenteil zu verkehren. Kollege Schliebs hat schon in seinem Briefe an mich darauf hingewiesen, daß sich außerdem Fischer das Taschenspielerkunststückchen leistet, eine bis in das Jahr 1904 zurückreichende raffinierte Kontrolle mit dem Entschiede des Tarifamtes vom Oktober 1905 zu identifizieren. Damit kann Fischer wohl seine Leser aus anderen Berufskreisen nasführen, am allerwenigsten aber die Buchdrucker oder gar das Tarifamt oder Schliebs. Es bleibt also nur übrig, festzustellen, daß meine in Nr. 121 auf Tatsachen gegründete und zur Entlarvung der Demagogie in der „Vorwärts“-Redaktion notwendige Kritik, die scharf, aber sachlich war, von Fischer mit der gemeinsten Ehrabschneiderei beantwortet worden ist.

Nun wundert sich der „Direktor“ Fischer, daß ich auf einen Schelmen anderthalbe gesetzt und rücksichtslos mich meiner Haut gewehrt habe. Aber bestreiten kann er nichts! Er schimpft zwar über die „traurigen, oberfaulen, zweiseitigen Ehrenmänner“, über „anonyme Schäfte“ usw., aber er kann nicht leugnen, als Genossen-Unternehmer sich arbeiterfeindliche erwiesen zu haben wie der sozial rückständige saarabische Großkapitalist. Denn welcher Unterschied besteht zwischen diesem und Fischer, wenn letzterer „feine“ Untergebenen anhaucht: „Was ich mir vorgenommen habe, das führe ich auch durch!“ Natürlich dem Personal gegenüber. Der Ausdruck seines Genossen Schmidt in Jena läßt ja schon erkennen, daß bei Fischer „viele saul im Staate Dänemark“ ist. Es gereicht mir zur Genugtuung, daß der Öffentlichkeit ein zutreffendes Bild über die Unternehmerallüren Fischers gegeben ist, von dem er keinen Pinselstrich hinweg disputiert hat. Auch damit kann gerade Fischer seinen Eindruck erneuern, wenn er mich „fein säuberlich“ jedes „Papierchen“ sammelt und es wie einen vergifteten Dolch ihm in den Rücken stoßen läßt. C'est la guerre! Dieses Wort hat gerade in der Sozialdemokratie freigelegte Geltung, wo man selbst Gräber durchstößt, oder da und dort „Papierchen“ findet, die man dann „seinem Gegner wie einen vergifteten Dolch in den Rücken stößt!“ Wie ist denn Herr Fischer vor einigen Monaten zu gewissen „Papierchen“ gekommen — auf graden oder krummen Wegen? Da Herr Fischer in nächster Nähe der „Vorwärts“-Redaktion sein tatenreiches Dasein verbringt, kann er einmal Nachfrage halten, wie jene Redaktion feinerzeit die Veröffentlichungen der „Einigkeit“ in Sachen des Protokolls der Gewerkschaftsvorstände als eine Infamie bezeichnete, derselben Infamie aber später sich selber schuldig machte, indem sie wider Treu und Glauben das Protokoll veröffentlichte. „Man“ ist also mit „Papierchen“ durchaus nicht feinsüßlich, wenn es eben in den Kram paßt. Meine „Papierchen“ bestehen aus Einfindungen, die, wie alle, in Fächern geordnet aufbewahrt werden, ob es nun Fischer oder Cronheim, den „Vorwärts“- oder den „Post“-Betrieb betrifft. Würde ich z. B. bei einer ähnlichen Gelegenheit einmal zurückliegende Vorgänge aus dem Betriebe der „Kreuzzeitung“ verwenden, da wäre der „B.“ das erste Blatt, welches mit Schmutzeln davon Notiz nehmen würde. Dann beschimpft Fischer meine Gewährsmänner aus dem „Vorwärts“-Betriebe, ohne deren Angaben entkräften zu können. Nach meiner Kenntnis der Verhältnisse kann ich es verstehen, wenn jene im „Korr.“ anonym bleiben; sie wären in ihrem ganzen Arbeiterleben versemmt, und die Parteipresse würde schon dafür sorgen, daß ihnen kein ruhiges Plätzchen wirtschaftlich und sozial mehr beschieden wäre. Die Spuren schreden; denn man kann ja an meiner Person ersehen, was es heißt, seine Ehre als Arbeiter zu bewahren und doch den Mut haben, um der Unabhängigkeit seiner Organisation und der Freiheit seines persönlichen Denkens willen „gegen den Stachel zu löcken“. Hören wir einmal, wie der wütende Fischer die Aufdeckung seiner Unternehmergepflogenheiten beantwortet:

Gleichartige Ehrenmänner wie jener Maschinenseßer haben ich auch ein halbes Duzend angeblicher Aus-

drücke von mir mitgeteilt, wie z. B.: „Ach was, persönliche Ehre des Arbeiters!“, die er nun als Dokumente für meine Unternehmerbrutalität der auffordernden Mittelst mittelst. Darauf habe ich nur eines zu sagen: Hätte Reghäuser nicht wie ein toller Stier alle Besinnung verloren, dann müßte er sich am Ende sagen: Wenn in einem Geschäft wie der „Vorwärts“-Buchdruckerei ein Ungeheuer sich zum Geschäftsführer, der auch noch sozialdemokratischer Abgeordneter ist, solche Äußerungen gefallen ließe, dann verbiente ein solcher Feigling eigentlich noch Fuhrtritte dazu!

Ganz richtig! Wenn er sich dies gefallen ließe. Fischer behauptet also durchaus nicht, daß dieser „Feigling“ es sich hat gefallen lassen! Die Antwort ist doch Fischer in einer Druckereiverammlung „vor versammelter Mannschaft“ auch zuteil geworden! Dem Fischer ist doch gesagt worden, daß er mit einer solchen Bemerkung jedenfalls wohl nur beweisen wollte, „wie groß er die Klust halte zwischen sich als sozialdemokratischem Abgeordneten und einem „gewöhnlichen Arbeiter!“. Daß Fischer Rache üben möchte, ist uns bei dessen Charakter verständlich, er mag sich aber an mich halten und sich auch in Zukunft keinen Zwang in der Beschimpfung meiner Person auferlegen. Ich bin ihm nur schuldig, ihn zu kennzeichnen, wie er ist, beleidigen kann er mich nicht. Ich halte meine sämtlichen Behauptungen aufrecht und stelle es Fischer anheim, auf jedem ihm genehmen Wege mich die fernere Beweisführung antreten zu lassen. Wenn Fischer mich „allgemein als Verleumdungen anerkannte Geschichten“ erzählen läßt, so sei ihm gesagt, daß nach meinem letzten Artikel von leitenden Personen des Verbandes in Berlin mir das Zutreffende meiner Behauptungen bestätigt worden ist. Welcher Art die „Beweisführung“ Fischers ist, geht auch daraus hervor, daß er heute noch behauptet, die Parteidruckereien würden von mir besonders einer Kritik unterzogen, während in zehn Jahren ich dies nur dem Betriebe der „Leipziger Volkszeitung“ gegenüber getan, dagegen wiederholt Kritiken an Parteibetrieben im „Korr.“ unterdrückt habe. Man lese meinen Artikel in Nr. 128 noch einmal durch und vergleiche damit die „Gründerrück“ Fischers, und man kann ersehen, wie welcher Nonchalance er über alles ihm Unangenehme hinweggeht und alle vorgebrachten Tatsachen mit einem Schwall neuer Verdächtigungen überflutet. Unter solchen Umständen kann ich den Fischer ruhig laufen lassen, und er mag das tröstliche Bewußtsein mit sich nehmen, daß er die ihm und dem „Vorwärts“-Betriebe verschaffte Blamage reichlich verdient hat.

Auf Grund der neuesten „Erklärungen“ des Herrn R. Fischer macht uns ein Kollege aus dem „Vorwärts“-Betriebe nachstehende Mitteilungen: „Neben anderen Kollegen hatte auch ich einige Fälle mitgeteilt, in denen Seiner der Wertabteilung unter Kontrolle und Antreibereien zu leiden gehabt hatten. Es ist wohl selbstverständlich, daß in der von Schimpfproben geradezu weinmelnden Entgegnung Fischers im „Vorwärts“ auch ich meinen Teil abbekomme; er nennt mit einem Wurfchen und einem Lump! Wenigleich ich nur weiß, daß von Fischer mit Lump bezeichnete Personen durchaus nicht in der Achtung ihrer übrigen Mitmenschen herabsinken, so will ich demselben doch eine kleine Antwort zuteil werden lassen. Weshalb nennt mich Fischer einen Wurfchen resp. Lump? Wegen meiner „gemündeten Ausdrucksweise!“ Ueber die zunächst in meiner Einfindung angeführten Kontrollen und Antreibereien verliert er kein Wort. Hiergegen kann er nicht streiten. Nur die hieraus resultierende Makulatur hat es ihm angetan: „Wenigstens sollen sich — nach Aufzählung, die die Geschäftsleitung der „Vorwärts“-Buchdruckerei erhalten haben soll — die Druckfächer der letzteren von denen anderer Druckereien unvorteilhaft auszeichnen.“ Nun, Herr Fischer, wollen Sie bestreiten, daß die Geschäftsleitung derartige Zuschriften erhalten hat? Eventuell lassen Sie Ihr Gedächtnis vom Metteur der „Neuen Welt“ etwas aufräumen! Es ist besser, Sie antworten auf den Inhalt, als auf die Ausdrucksweise. Im übrigen dürfte Ihnen jeder mit der Materie vertraute Kollege bestätigen, daß Sie in Erwiderung auf die vom Tarifamt als unberechtigt erklärte Maschinenseßerkontrolle in bezug auf „gemündete Ausdrucksweise“ einen schwer erreichbaren Reford aufstellen. Ihre Erwiderung enthält auch sonst noch eine Menge Unwahrheiten. So weiß ich z. B. allerdings sehr genau, daß der Arbeitsnachweis auch mit der „Vorwärts“-Druckerei keine Ausnahme macht, auch sie muß ihr zugewiesene Gehilfen nehmen wie jede andere Druckerei. Auch daß es nicht die „besten“ Kräfte sind, die hier der „Vorwärts“-Buchdruckerei übermittelte werden, weiß ich, denn wirklich „bessere“ Kräfte wissen doch ganz genau, daß sie in der „Vorwärts“-Buchdruckerei



leine entsprechende Stellung finden, denn die **besseren Stellen besetzt Herr Fischer ja gar nicht vom Nachweise, die werden auf Protektion hin besetzt.** Daß diese Leute dann nicht mehr aus dem Betriebe herauswollen, mag sein. So mußte vor länger als einem halben Jahre für die „Neue Welt“ ein Metteur von Babing gekauft werden, weil aus dem Personale, das auch Anspruch auf eventuelle bessere Stellungen zu haben glaubte, nach Ansicht der Geschäftsleitung niemand dazu befähigt war. Und im Sommer mußten wir sehen, wie während einer Krankheit des besagten Metteurs ein Lehrling mit seiner Vertretung betraut wurde. In einem andern Falle wurde ein Kollege, weil er der Freund eines Beamten im Betriebe war, mit Namen vom Nachweise verlangt, avancierte sofort zum Metteur, erhielt nach etwa vier Wochen 2 Mk. Zulage und wurde nach einem halben Jahre vom Geschäft zum Maschinenseher ausgebildet, zu welchem letztem Zwecke sich 14 länger dort tätige Kollegen gemeldet hatten. Wenn nun aber wirklich einmal bessere Kräfte im „Vorwärts“ ihr Heil versuchen, so dauert der Spaß meistens nicht lange und sie gehen, nicht weil sie wegen ihrer zu hohen Leistungen von ihren Kollegen belästigt werden, nein, weil ihnen der „Vorwärts“ nicht zahlt, was sie in bürgerlichen Geschäften bekommen. Zum Beweise mögen nur die Namen Ötznitz und Selbig angeführt sein, die hier betriebe, die den „Vorwärts“ aus gleichem Grunde den Rücken wandten, ließe sich vergrößern. Vor acht Tagen erst ging der Kollege Sch., der nebenbei bemerkt, einen Montag um eine Stunde die Zeit verschlafen hatte und am Sonnabend in seinem Wohnbuche prompt den Vermerk fand: Eine Stunde abgezogen für Verschlafen = 65 Pf. Nun hört es sich aber so an, als ob der Arbeitsnachweis der Druckerei des „Vorwärts“ nur unbrauchbare Kräfte schickte. Das ist ein Jertum! Wer in die „Vorwärts“-Druckerei eintritt und nicht instande ist, seine volle Schuldbiligkeit zu tun, der wird hinausgeschickt! Wenn Sie das Gegenteil behaupten, Herr Fischer, so ist das unmaß! Erst vor etwa 14 Tagen wurden aus gedachtem Grunde sechs Seher entlassen, obwohl — was wohl selten oder nie in anderen Betrieben bisher vorkam — die Maschinenseher 3 (drei) Schichten, die Berufsleiter aber Ueberstunden machten und in keinem Rastenschrift war! Zum Teile wurden diese sechs Mann im Laufe der nächsten Woche ersetzt. Wenn Herr Fischer das nicht weiß, dann will ich ihn daran erinnern, daß er ja selbst vor einigen Tagen etwas derartiges angekündigt hat! Wegen eines gemachten Fehlers wurde dem vor Fischer selbst ertierten Seher M. von demselben entlassen, daß ein nochmaliges Versehen mit Entlassung beantwortet werden würde! Stimmt das nicht, Herr Fischer? Ein bißchen **Unternehmerrealität** liegt doch wohl in dieser Handlungsweise! Die aber von Herrn Fischer angeführten Belästigungen von Kollegen wegen ihrer zu hohen Leistungen sind in Fischers Phantasie. Meines Wissens ging für ein Kollege aus diesem dem Faktor gegenüber wohl nur vorgeschobenen Grunde. In Wirklichkeit hatte ihn nur ein anderer Kollege berechtigte Vorhaltungen gemacht, weil er sich wohl zum Versehen der Rasten und Verbrauchten fremden Materials bereit fand, vom Ablegen und Aufräumen aber nicht viel wissen wollte. Auf eine entsprechende Mitteilung an den Gewerksverband wurde demselben auch daraufhin die Konditionslosenunterstützung gespart, weil er bereits ähnliche Sachen gemittelt hatte. Auf Angelegenheiten, die das Ansehen an der Sehmühle, die Buchbinderei, den Fahrstuhlführer usw. betreffen und auf Fischer kein günstiges Licht werfen, will ich hierbei nicht weiter eingehen, aber es bleibt dabei, daß Fischer, der ja auch bei den Berliner Parteigenossen nicht in besonders hohem Ansehen steht — das hätte er gelegentlich seiner Gehaltserhöhung in allen Zeitungen Berlins attestiert bekommen können — es mit der **Wahrheit nicht so genau nimmt.** Nicht nur einem Vertrauensmann, sondern mehreren hat er ihnen gegenüber getane Versicherungen später abgestritten. Sogar eine protokollierte festgelegte Versicherung vor dem Tarifschiedsgericht hat er nachträglich bestritten. Und wenn man sich nun gar noch seine Verächtlichkeit auf die von ihm im Reichstage geübte Kritik der Reichsdruckereimhältnisse ins Gedächtnis zurückruft! — Armer Fischer!

Es ist vom „Vorwärts“ wiederholt behauptet worden, daß er in rein sachlicher Weise über den Tarif gerichtet habe. Andere Parteiblätter, z. B. die „Sächsischen Arbeiterzeitung“, glaubten dies dem „W.“ bestätigen zu können, ja die letztere bezeichnete das Urteil des „W.“ als für unsern Tarif geradezu vernichtend. Nun bin ich der Meinung, daß im Falle einer sachlichen Urteilsfällung die „Vorwärts“-Redaktion sich nicht zu scheuen hätte, sachliche Erwiderungen, die ihr aus ihrem Leserkreise eingekandt wurden, abzufragen. Aber, Bauer, das ist etwas ganz anderes! Die Kollegen Tischler-Berlin und Käfer-Kassel hatten dem „W.“ auf seine Gerunterreißerei des Tarifes Erwiderungen eingekandt, die vom „W.“ nicht zum Abdrucke gebracht wurden. Ich finde das verständlich, denn in jenen Einwendungen war dem „W.“ gesagt worden, daß er seine Leser über unsern Tarif nicht aufklärt, sondern daß er gegen ihn

gehetzt hat. Der Nimbus der angeblich sachlichen Darstellung wäre damit zum Teufel gegangen.

Auch sonst ist das Verhalten der „Vorwärts“-Redaktion und das verschiedener anderer Parteiblätter bezeichnend. Die hundsstößlichen Beschimpfungen des Fischers meiner Person gegenüber bringen sie im Wortlaute, aber kein Wort darüber, was ich darauf zu sagen hatte. Ja, nicht einmal ein eigenes Wort darüber, daß ich überhaupt darauf erwidert habe. Das ist „ein Ueberfall, der anseher, schmutziger Persidie in der Geschichte der verfaultesten Gesellschaftsklassen seinesgleichen nicht hat.“ Das bestätigt wider Willen der „Vorwärts“ selbst. In seiner neuesten Nummer (261) schreibt er in einer Polemik gegen die „Freisinnige Zeitung“:

„Im übrigen sollte die „Freisinnige Zeitung“ in ihrem eigenem Interesse darauf verzichten, einem Gegner „gewissenlos“ Polemik vorzuwerfen. Bietet sie doch selbst in der gleichen Nummer ein Musterbeispiel eigener Gewissenlosigkeit und Unanständigkeit. Sie zitiert nämlich eine Reihe Reghäuser'scher Angriffe gegen die Geschäftsleitung des „Vorwärts“, ohne den inzwischen erscheinend geführten Nachweis der Unrichtigkeit dieser Behauptungen zu berücksichtigen! Die „Freisinnige Zeitung“ stand ja schon von den Zeiten Eugen Richters her in dem wohlverdienten Rufe, zu den unanständigsten Blättern der ganzen bürgerlichen Presse zu gehören. Herr Müller-Sagan hat in eigenartiger Bietet bisher alles verniedert, um seinem Blatte dies traurige Renomee irgendwie zu schmälern.“

So gehetzt der „Vorwärts“ sein eigenes Verhalten und entristet sich, wenn andre das nicht tun, was er selbst zu tun unterläßt. Hat er ja ebenfalls einen Antrag Berliner Parteigenossen, meine Erwiderung gegen Fischer im „Vorw.“ abzufragen, einfach ignoriert: „ein Musterbeispiel eigener Gewissenlosigkeit und Unanständigkeit.“ Er weiß, wie Fischer dabei abschneiden würde. Bis jetzt hat auch die „Leipziger Volkszeitung“ jede Zeile von Fischer gebracht, aber keine einzige aus meinen Widerlegungen. Daß ein solches Verhalten bei dem Leipziger Revolverblatte selbstverständlich ist, dem ja auf dem Parteitage in Dresden der „attemmäßige Beweis“ für seine Unanständigkeit von Parteigenossen angeboten worden ist, versteht sich am Rande, denn in der Redaktion jenes Blattes sind die Elemente zu Hause, denen die Verbeugung der Arbeiter untereinander Lebens- und Erwerbszweck geworden ist. Auf Schritt und Tritt finde ich in der Parteipresse bestätigt, daß im großen Ganzen sie nicht mehr fähig ist, nur einen Funken von Gerechtigkeit in die Tat umsetzen zu können, und daß es für einen ehrlichen Arbeiter unmöglich ist, überhaupt noch eine Meinung äußern zu können, die dem jeweiligen Konventikel nicht gefällt. Die Parteipresse hat mit ganz wenigen rühmlichen Ausnahmen — anständig zu sein ist heutzutage in dieser Presse eine rühmliche Ausnahme — sich an der Hege gegen unsern Tarif und die Gehilfenvertreter stark beteiligt, aber mit Ausnahme der „Märkischen Volksstimme“ hat sich kein Parteiblatt gefunden, das im Interesse nicht des Ansehens des Buchdruckerverbandes, sondern der Partei dieser Hege ein: „bis hierher und nicht weiter!“ zugerufen hätte. Ich müßte ja das ganze Kapitel: „Gewerkschaft und Partei“ aufrollen, wenn ich darstellen und attemmäßig beweisen wollte, daß sich durch die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung wie ein roter Faden die Feindseligkeit der Partei gegen unsern Verband zieht. Ob dieselbe nun gegen einzelne Tätigkeitsäußerungen des Verbandes oder gegen die verschiedentlichen Leitungen in der Organisation zur Geltung kommen, ist nebensächlich, die Hauptsache war und bleibt stets in der Partei: Frei in unserm Denken und eins in unserer Tat! Jede andre Selbständigkeit muß bekämpft werden, und der Hauptangriff richtet sich dann, wie Figura zeigt, gegen jene Stelle, wo der lebhafteste Widerstand zu erwarten ist. Q. e. d.

Leipzig, 7. November 1906.

L. Reghäuser.

### Korrespondenzen.

**Berlin.** (Verein Berliner Korrektoren.) Die am 21. Oktober abgehaltene, ziemlich gut besuchte Monatsversammlung leitete der Vorsitzende mit einem Ueberblick über die Festschonik der Mitglieder und des

Vereins ein. Unter anderm wies er auch auf das so glänzend verlaufene Stiftungsfest hin und gedachte nochmals dankend der hierbei mitwirkenden Vereine und Kollegen. Gern löse er eine Ehrenschuld gegenüber dem Vorsitzenden des Gesangsvereins Typographia ein, indem er die sangeslustigen Mitglieder unsers Vereins auffordere, der Typographia beizutreten. Sierauf erstattete derselbe Bericht über die Tarifverhandlungen, soweit diese die Korrektorenparte betreffen. Er führte den Kollegen vor Augen, wie schwierig es gewesen, den Korrektoren überhaupt Gehör zu verschaffen, und es nur Kollegen Böblin zu verdanken sei, daß den Vertretern der Korrektoren Gelegenheit gegeben wurde, in der Kommission und im Plenum mit den Prinzipalsvertretern zu verhandeln. Der Vorsitzende schloß seinen interessanten Bericht mit den Worten: „Wer nie einer derartigen Verhandlung beigewohnt habe, könne sich keinen Begriff machen, wie Ingrim und Schmerz den Körper durchfriere, wenn man säße, wie ein Antrag nach dem andern unter den Tisch fiele, und man doch zur Ohnmacht gezwungen sei.“ In der nachfolgenden Diskussion plagten die Geister heftig aufeinander. Nach langem Zögern und Wider konnte sich indes die Versammlung doch nicht dem Eintrude entziehen, daß mit der Ausnahme der Korrektoren in der Tarif dieser, wenn auch sehr geringe, doch jedenfalls einige Vorteile für die Korrektoren bringe. Die Schmutzkonturrenz würde durch die Verpfändung der Prinzipale, die Korrektoren (auch die Nichtbuchdrucker) nicht unter dem Minimum zu entlohn, ausgemacht, die Heimarbeit eingeschränkt, die Ueberstundenentschädigung nach Maßgabe des Tarifes eingeführt (dieses kommt hauptsächlich für Nachkorrektoren in Betracht), und nicht zuletzt partigipierten auch die Korrektoren zum Teile an der Lohn-erhöhung. Die Versammlung brachte in nachfolgender Resolution ihre Stimmung zum Ausdruck: „Die am 21. Oktober 1906 tagende Versammlung des Vereins Berliner Korrektoren gibt ihre Zustimmung zu dem Tarife; spricht aber nach Anhörung des Berichtes über die Tarifverhandlungen betr. die Korrektorenparte ihr Bedauern über den negativen Erfolg der materiellen Verbesserung der Korrektoren über die allgemeine zehnprozentige Erhöhung aus und sieht gerade in dieser Nichtanerkenntnis der aufreißenden Tätigkeit der Korrektoren einen Ansporn für die Kollegen, sich selbst durch ihre Spartenvereinigung mehr Geltung für ihre berechtigten Forderungen zu verschaffen.“ Außerdem betonte die Versammlung, daß es nun an den Vereinen liege, einen Minimallohn für Korrektoren festzusetzen, unter welchem kein Kollege arbeiten dürfe. Der Vorstand wurde beauftragt, sich mit dem Tarifante bezüglich Festsetzung einer gewissen Norm in der Bezahlung für Zeitungskorrektoren in Verbindung zu setzen; und um die Chancen des neuen Tarifes auszuwerten, wurde eine siebenköpferige Kommission gewählt sowie nachfolgender Passus dem Tarifante für den Kommentar zur Berücksichtigung empfohlen: „§ 34. Der Tarif soll für die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Korrektoren nur die niedrigste Grenze ziehen, im allgemeinen werden höhere und günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen vorausgesetzt, die je nach besonderen Umständen und Ansprüchen durch Vereinbarungen zu regeln sind. Heimarbeit und Berechnen sind nur in Ausnahmefällen zulässig.“ Nachdem die nächste Sitzung auf den 18. November anberaumt worden war, wurde die Versammlung geschlossen, da viele Mitglieder noch der Einladung zum Stiftungsfeste des Vereins der Stereotypen Folge leisten wollten.

**Ellwangen.** Am 21. Oktober wurde in Kales ein vom Ortsvereine Ellwangen einberufene Versammlung, welche von den Kollegen aus Alalen, Ellwangen, Gmünd, Nördlingen und Heidenheim gut besucht war und in der Kollege Knie aus Stuttgart über den neuen Tarifvertrag referierte, abgehalten. Das etwa eineinhalb Stunden dauernde Referat wurde sehr beifällig aufgenommen. Nach der kurzen Diskussion, in welcher lebhaft die minimalen Zugeständnisse bebauert, aber auch die Arbeit der Gehilfenvertreter bei der Tarifrevision hervorgehoben und anerkannt wurde, lief folgende Resolution aus der Mitte der Versammlung ein: „Die heute im Rittersaal“ in Alalen tagende Buchdrucker-Versammlung, die von den Kollegen der Druckerei Alalen, Ellwangen, Gmünd, Heidenheim und Nördlingen zahlreich besucht war, in der Gehilfenvertreter Knie-Stuttgart über die Tarifverhandlungen und den neuen Tarif Bericht erstattete, bringt demselben volles Vertrauen entgegen und sagt ihm besten Dank für seine tatkräftige Mitarbeit zum Gelingen des Werkes. Die Versammlung erwartet aber auch, daß die Prinzipale die beschlossene 10prozentige Aufbesserung nicht nur einem Teile, sondern allen Gehilfen zuteil werden läßt.“

**F. Frankfurt a. M.** Aus der Mitte der Kollegenchaft wurde der Antrag auf Einberufung einer Außerordentlichen Mitgliederversammlung, nachdem genügend unterstützt, dem Vorstande eingereicht, und kam derselbe dem Wunsche insofern nach, daß er eine solche auf den 18. Oktober in den geräumigen „Bürgeraal“ in Bornheim einberief. Wohl über 500 Kollegen waren erschienen, um über: „Die allgemeine Situation in der Tariffrage in Verbindung mit dem Organisationsvertrage“, zu beraten. Zu einleitenden Worten gab der Vorsitzende Raum einer kurzen Situationsbericht, worauf in der Diskussion eine scharfe Kritik an den einzelnen Positionen des Tarifes geübt wurde. So wurde ausgeführt, daß das, was uns unser Gehilfenvertreter mitgebracht habe, nur als sehr minimal bezeichnet werden müsse, da es den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen bei weitem nicht entspreche. Es sei unbedingt notwendig, daß die Kollegen heute hier

zusammenkommen, zumal das Sozial, in dem die letzte Versammlung abgehalten wurde, sich als viel zu klein erwiesen habe, um es den Kollegen zu ermöglichen, die Lob- und Preisreden unferer Gehilfenvertreter über das Erzeugnis zu hören. Heute, nachdem wir das Protokoll über die Verhandlungen gelesen, könne man sich ruhig aussprechen, was nun ist, ohne (wie man es so gern tut) als Mäzler gestempelt zu werden. Da Frankfurt als teuerste Stadt überall bekannt ist, hätte es dem Gehilfenvertreter bei einigermaßen Energie wohl nicht allzu schwer fallen dürfen, eine Erhöhung des Sozialzuschlags um wenigstens 5 Proz. herauszuholen; doch darüber wollte man noch hinweggehen, wenn wenigstens die 10 Proz. Erhöhung allen Kollegen, wie ja auch der Gehilfenvertreter in der letzten Versammlung behauptete, zugute kämen. Er, Redner, sei überzeugt, daß wenn dies alles der letzten Versammlung richtig berichtet worden wäre, dieselbe zu einem andern Beschlusse bzw. Resolution gekommen wäre als zu der angenommenen. Auch in bezug auf die Arbeitszeitverkürzung seien unsere Erwartungen schwer getäuscht, indem eine halbstündige Verkürzung pro Woche überhaupt nicht als Arbeitszeitverkürzung angesehen werden könne, und dies keinesfalls als eine Durchbrechung des Neunfundentags zu betrachten sei. Ganz energisch wurde von verschiedenen Rednern gegen das Einführen des Berechnens an der Segmaschine protestiert, der ausgearbeitete Tarif als ungenügend bezeichnet. Ein Redner richtete an den Gehilfenvertreter die Anfrage, was mit den Kollegen geschehen solle, die das Berechnen vermeigern, ob die wohl ausgeschlossen werden sollen? Er glaube kaum, daß die Kollegen in Frankfurt a. M. sich zum Berechnen hergeben. Was nun den Vertrag anbetreffe, so sei derselbe für uns ganz unannehmbar; es sei Pflicht unserer Vertreter gewesen, bei einer derartig einschneidenden Frage die Verhandlungen abzubreden und erst darüber mit der Kollegschaft zu reden. In der Annahme des Vertrags erblicke Redner den ersten Spatenstich zum Grabe der Organisation. Der Vertrag hindere nur unser Vorwärtkommen; eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit sei nicht denkbar. Auch hätte man einen Fehler betrefend der einjährigen Bindungszeit, der schon bei dem letzten Vertrage begangen wurde, nicht wiederholen dürfen. Von verschiedenen Kollegen wurde noch die Schreibweise der Parteiblätter, hauptsächlich „Leipziger Volkszeitung“ und „Vorwärts“, verurteilt und gesagt, daß diese nur angetan sei, Del in das schon brennende Feuer zu gießen. Jedoch die übergroße Mehrzahl von Kollegen konnte Unstößiges daran nicht finden und erblickte darin nur objektive Berichte über die gegenwärtige Situation, verurteilte aber entschieden die Schreibweise der „Korr.“-Redaktion. So wurde auch behauptet, daß der Frankfurter Bericht (K.-S.) über die letzte Versammlung schon vier Tage vor dem Eintreffen des Berichtes vom Bezirk Kassel in den Händen der Redaktion war, jedoch letzterer schon eine Nummer früher gebracht wurde, wahrheitsgemäß die Stellungnahme darin eben besser in den Rahmen paßte. Eine Anzahl Kollegen konnte den Zwischenruf „Schließung“ nicht unterdrücken. Ein weiterer Redner führte aus, wir könnten heute wohl noch Kritik an dem Vereinbaren üben, aber ändern an der Sache selbst können wir nichts mehr; wollten uns aber heute geloben, daß ein anderer Geist in uns einzige, und wir Leute an unsere Spitze stellen, die jederzeit unsere Interessen voll und ganz zu vertreten wissen. Vier Resolutionen waren eingelaufen, die zur Verlesung kamen. Die erste, die folgendes besagt, wurde dann gegen nur einige Stimmen angenommen: „Die am 18. Oktober in Frankfurt a. M. abgehaltene Bezirksversammlung verurteilt entschieden die Haltung des Zentralvorstandes bei den diesjährigen Tarifverhandlungen und ist die Versammlung in der Ansicht, daß durch die Taktik des Zentralvorstandes die Mitglieder des Verbandes um ihr Selbstbestimmungsrecht gebracht worden sind, was unter Umständen in der größten Schädigung im Gewerbe, speziell des Verbandes, führen kann. Die Versammlung schließt sich der Berliner Resolution an und fordert die Einberufung einer außerordentlichen Verbandsgeneralversammlung.“ Hierzu wurde noch ein Zusatzantrag angenommen, der besagt, daß die Annahme des Tarifes nur durch die nicht objektive Berichterstattung des Gehilfenvertreters erfolgt sei. Hierauf konnte die Versammlung nach über vierstündiger Tagung, die in Anbetracht der Situation als sachlich verlaufen bezeichnet werden kann, geschlossen werden.

**P. Sch. Glogau.** Die zweite diesjährige Bezirksversammlung fand am 21. Oktober in Neusalz a. O. statt, mit dieser war eine graphische Kunstausstellung verbunden. Die Eröffnung erfolgte mit dem Weibliche „Wäber reicht die Hand zum Wäber“, worauf Kollege Buchta-Neusalz die Erschienenen herzlich begrüßte, in kurzen klaren Worten die Zwecke und Ziele derartiger Veranstaltungen klarlegte und an alle, die durch freundliches Entgegenkommen die Ausstellung zu einer musterhaften gestalten, Dankesworte richtete. Der Erfolg übertraf alle Erwartungen und zog weit über unsere Grenze eine zahlreiche Besucherzahl an, so daß die Neusalzer Mitgliedschaft mit Befriedigung auf diese erste Veranstaltung zurückblicken kann. Die Versammlung wurde vom Bezirksvorsitzenden G. Hieslger mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Außerst zahlreich hatten sich die Kollegen aus Glogau, Neusalz, Grünberg, Gubrau, Spottau und Wohlau eingefunden, um insbesondere den Bericht über die Tarifverhandlungen entgegenzunehmen. Nach einem mit Beifall aufgenommenen Vortrage des Kollegen Wüchner-Breslau über den abgeschlossenen Tarifvertrag gelangte nachstehende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heute in Saale von Graus Hotel

in Neusalz tagende, von 76 Mitgliebern besuchte Versammlung des Bezirksvereins Glogau akzeptiert unter Berücksichtigung der obwaltenden Verhältnisse den neu geschaffenen Tarif. Sie erklärt in dem Organisationsvertrage und in der Anerkennung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker als alleinigen Tarifkontrahenten einen Faktor, der geeignet ist, die Sache der Tarifgemeinschaft zu fördern und zur vollständigen Durchführung zu bringen. Die Versammlung protestiert ferner gegen die Art und Weise, wie einzelne Organe der Arbeiterpresse den Abschluß des Tarifvertrages besprechen und gegen die Führer des Verbandes in Buchdruckerkreisen Stimmung zu machen suchen. Sie spricht ferner den berufenen Vertretern für ihr besonnenes Handeln den Dank aus und bringt ihnen vollstes Vertrauen entgegen. Gleichzeitig gibt sich die Versammlung der Hoffnung hin, daß die Prinzipale auch den höher entlohten Gehilfen eine Zulage gewähren werden.“ Als Ort für den nächsten im März 1907 abzuhaltenden Bezirkstag wurde Glogau gewählt.

**Heidelberg.** (Maschinenfegerklub.) Am 21. Oktober hielt der Maschinenfegerklub Heidelberg seine Monatsversammlung ab, welche vollständig besetzt war. Als einziger Punkt stand der Tarif, insbesondere was unsere Sparte angeht, auf der Tagesordnung. Die einzelnen Paragraphen des neuen Tarifes wurden eingehend und objektiv besprochen und lebhaft diskutiert. Als Punkte von weittragender Bedeutung wurden besonders die Zulassung des Berechnens an der Segmaschine sowie die Anerkennung von Bezahlungen an denselben erachtet. Es wurde ausgeführt, daß die Folgen dieser Bestimmungen vorläufig noch gar nicht abzusehen wären, sowohl für die Maschinenfeger wie aber auch für die Handfeger. Denn daß die Prinzipale von der Erlaubnis des Berechnens keinen bzw. wenig Gebrauch machen werden, glauben die Maschinenfeger, welche nicht so naiv denken, denn doch nicht. Welche Mühe und Arbeit kostete es doch, nur das Prämiengewinn abzugeben und dem Refektorien zu steuern! Und nun das Berechnen im Tarife festgelegt ist, wird die ganze Arbeit und die ganze Mühe über den Haufen gemorfen und erneut dem Refektorien Tür und Tor geöffnet. Hierbei wurde auch auf das allererste als die Schreibweise des „Korr.“ verurteilt als des offiziellen Verbandsorgans, der in Nr. 121 die Maschinenfegerpartei in ganz unqualifizierbarer Weise glaubt abzulassen zu dürfen, weil diese es wagt, sich gegen eine Bestimmung aufzuheben, die es am ureigensten Gebe zu spüren bekommen soll. Man war der Ansicht, daß eine derartige Schreibweise hohu angetan ist, den noch nicht ganz geschwundenen Gegensatz zwischen Maschinenfeger und Handfeger aufs neue zu verschärfen; und wenn die Redaktion von einem ansehenden Opfer der Sparte spricht, so wird die Zukunft lehren, wie ansehend dieses Opfer sein wird. Es sei doch schon von „höherer“ Seite die erfolgreiche und segensbringende Arbeit der Maschinenfeger in puncto Einschränkung des Refektorien und Prämiengewinns wie überhaupt einer gesunden Entwicklung des Segmaschinengewesens anerkannt. Um so unbedeutender und geschäftiger erscheine die Sprache der Redaktion eines Blattes, das von der Gesamtgehilfenschaft gelesen wird, und von dem man verlangen könne, daß es die Interessen aller Gehilfen vertritt und nicht allein derjenigen, die für den neuen Tarif stimmen. Die Versammlung gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Gehilfenschaft „in Friedenszeiten“ mit der Redaktion des „Korr.“ noch beschäftigen werde, denn „auf einen großen Klug gehört ein großer Keil!“ Nach längeren Verhandlungen gelangte die von der Mittelschichtigen Maschinenfegervereinigung vorgeschlagene Resolution, welche den neuen Maschinenfegertarif ablehnt in bezug auf dessen Undurchführbarkeit, einstimmig zur Annahme. Damit fand die Versammlung, welche ruhig und sachgemäß verlief, ihr Ende. (Diesem Berichte ist folgendes Begleit Schreiben angehängt: „Im Auftrage des Maschinenfegerklub Heidelberg erlaube ich Aufnahme vorstehenden Berichtes in einer der nächsten Nummern mit dem Hinweis, daß das von den Gehilfen gehaltene und unterhaltene Organ doch allen Richtungen Rechnung tragen muß, wenn man nicht gänzlich sein will, die Parteipresse in Anspruch zu nehmen.“ Redaktion.)

**s. Magdeburg.** Die Maschinenfegervereinigung Gau An der Saale hielt am 21. Oktober eine außerordentliche Generalversammlung in Dessau im Hotel „Zum Schultheiß“ ab, welche fast vollständig besetzt war (anwesend waren aus Magdeburg 12, Burg 2, Pöthen 4, Halle a. S. 11, Dessau 5, Delitzsch 2, Bitternberg 4, Queblinburg 2, Sangerhausen 1, Zeitz 1, Zerbst 1), und zu welcher auf ergangene Einladung auch unser Gauvorsitzer Hallupp sowie der Bezirks- und Ortsvorsitzer von Dessau erschienen waren. Nach vorausgegangenem Spaziergange durch die Stadt wurde dann die Arbeiterdruckerei beschäftigt, die auf alle Erschienenen den besten Eindruck hinterließ, und es sei auch an dieser Stelle dem Kollegen Könnede für freundliche Mithewaltung bestens gedankt. Der Mitgliederstand beträgt zurzeit 66. Eine außerordentlich lebhafte Debatte löste der neue Segmaschinentarif aus, in welcher von sämtlichen Rednern das Berechnen auf das entschiedenste verworfen wurde. Besonders gegen den § 3, der nach dem neuen Tarife die Mindestleistungen von 6000 Buchstaben pro Stunde an der Linotype, 5000 an der Monoline bzw. 4200 am Typograph im Rechtsverhältnisse festgelegt, wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Es sei unerhört, was man den Kollegen zumute. Seger, die die angeführte stündliche Buchstabenzahl leichten, dürften unbedingt als tüchtig angesehen werden. Die außerordentlich hohen Leistungen, die in einzelnen Fällen erreicht werden, kämen

nur den Segmaschinentarifen als Reklame zugute, der Allgemeingollegenchaft sowie den Prinzipalen brächten sie dagegen nur Nachteile. Die Kollegen könnten im Berechnen nicht mehr die Sorgfalt auf Sauberkeit und Instandhaltung der Maschinen verwenden, die unbedingt notwendig ist, und so würden sich bei eintretenden Störungen immer wieder Differenzen zwischen Prinzipalen und Gehilfen herausstellen. Ebenso würde unter dem Berechnen die Kollegialität leiden. Der Anspruch im „Korr.“ im Buchdruckgewerbe sei Affordarbeit Mordarbeit, als Strafe zu bezeichnen, wurde von der Versammlung energisch zurückgewiesen. Gauvorsitzer Hallupp verlas ein Zirkular der Zentralkommission der Maschinenfeger Deutschlands, in dem der neue Tarif auf das eingehendste präzisiert wird, und führte dann in seinem Schlußworte aus, daß unsere Vertreter ihr ganzes Können und ihre ganze Kraft eingesetzt hätten, um alles Erreichbare durchzusetzen und ermahnte die Kollegen, den Tarif voll und ganz zur Geltung zu bringen. Nach Schluß der Diskussion wurde die folgende aus Mitgliederkreisen eingegangene Resolution mit knapper Mehrheit angenommen: „Die am 21. Oktober in Dessau im Hotel „Zum Schultheiß“ tagenden Maschinenfeger des Gaues An der Saale erklären, daß der jetzt zustande gekommene Segmaschinentarif tatsächlich bedeutende Verschlechterungen gegen die früheren geschaffenen Grundlagen enthält. Sie erklären ferner, daß die Schuld daran nur diejenigen Maschinenfeger (und nicht zum mindesten die Segmaschinentarifen) tragen, die mit ihren großen Leistungen der Öffentlichkeit gegenüber Reklame gemacht haben. Die Versammelten stimmen dem Tarife dennoch zu und erwarten von den Prinzipalen, daß sie nach wie vor ihr bewährtes Personal weiter im gewissen Gelde beschäftigen und demselben die im neuen Tarife festgesetzten Lohn erhöhungen gewähren werden, da zweifellos feststeht, daß durch das Berechnen an der Maschine eine Differenz zwischen beiden Zeiten unausbleiblich sind. Im weiteren kann das Berechnen an der Maschine schon um der dauernden Instandhaltung der Maschinen gar nicht im Interesse der Prinzipale liegen, und wäre es auch nur in Zeitungsbetrieben. Die heute vollständig erschienenen Maschinenfeger verpflichten sich, in diesem Sinne mit aller Energie bei den Prinzipalen dafür zu wirken, um das früher von einigen Gehilfen schädigende Treiben der Allgemeinheit gegenüber dadurch wieder gutzumachen, und erwarten durch dieses Vorgehen so die beste Lösung dieser schwierigen Situation.“ Der Bericht wurde von 1. Januar ab auf 10 Pf. pro Woche festgesetzt, während sich mit der Revision des Statutes eine zu wählende Vorwortskommission befassen soll. Der Punkt „Vorstandswahl“ ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes: B. Winter, Magdeburg-Neustadt, Agnetenstraße 2, Postfächer; H. Rajenberger, Wielandstraße 2, Raffener - Die Punkte - „Technische Ausprägung“ Punkt „Verschiedenes“ mußten der vorgedachten Zeit wegen vor der Tagesordnung abgesetzt werden. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

**-y. Raftat.** Die am 20. Oktober im Vereinslokale abgehaltene Monatsversammlung des hiesigen Ortsvereins erklärte sich mit den neuen Tarifabmachungen nach reger Debatte, in welcher hauptsächlich der Mißmut darüber zum Ausdruck kam, daß die Lohn erhöhungen nicht allen Gehilfen zuteil werden soll, im wesentlichen einverstanden. Es wurde jedoch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die hiesigen Prinzipale in der Beziehung entgegenkommen zeigen, daß auch den mit mehr als 3 Mk. über das Minimum entlohten Gehilfen eine entsprechende Lohnzulage gewährt werde. Gleichzeitig wurde der Beschluß gefaßt, den Gehilfenvertreter des Tarifkreises IV a dahin zu verständigen, bei den Verhandlungen des Kreisamtes für die Bewilligung eines fünfprozentigen Sozialzuschlags mit aller Entschiedenheit einzutreten, was um so mehr gerechtfertigt erscheint, als Raftat mit seinen an manche Großstädte heranreichenden teuren Verhältnissen bis jetzt noch nicht im Besitze eines Sozialzuschlags ist.

**Wiesbaden.** (Maschinenfegerklub.) Genannter Klub, der seit 1902 besteht und während dieser Zeit nie geschlossen, wie von verschiedenen Seiten angenommen wird, hielt am 13. Oktober seine Monatsversammlung ab. Als Hauptpunkt der Tagesordnung galt: „Stellungnahme zur Tarifrevision“. Ueber diesen Punkt entspann sich eine äußerst lebhafte Debatte, deren Schluß in einer vom Kollegen Zimmer gestellten Resolution endigte: „Die heutige Versammlung erklärt in dem neuen Maschinenfegertarife einen Rückschritt insofern, als nicht nur sämtliche eingereichten Anträge abgelehnt, sondern auch durch Annahme des Berechnens noch der Refektorien Tür und Tor geöffnet wird, was nur zur Schädigung der Allgemeinheit und zur Uneinigkeit unter den Kollegen — vornehmlich in solchen Offizinen, wo zwei bis drei Kollegen an einer Maschine arbeiten — führt. Die Versammlung empfiehlt allen Kollegen, Konditionsanbietungen im Berechnen abzulehnen.“ Diese Resolution fand einstimmige Annahme. Eine vorliegende Resolution des Gaues Mittelrhein, die fast denselben Inhalt barg, wurde in einigen Punkten mit der vom Kollegen B. gestellten ergänzt und an den Vorstand des Mittelrheinischen Maschinenfegervereins abgeandt. Die weiteren Punkte der Tagesordnung gingen glatt vor fratten, und befaßten wir uns vor, an Schluß des Jahres einen ausführlichen Bericht über den Maschinenfegerklub folgen zu lassen, aus dem dann die auswärtigen Kollegen ersehen werden, daß die schätzbaren Herrn Maschinenfeger in Wiesbaden“ doch in jeder Beziehung wahr sind, den andern Klubs und Vereinen nicht nachstehen und jederzeit als echte Verbandsmittglieder ihre Pflicht erfüllen. Zurzeit zählt der Klub sechzehn Mitglieder. Vorsitzender ist Kollege Zimmer.



**Zwickau.** Fast vollständig versammelte sich am 21. Oktober die hiesige Mitgliedschaft, um Stellung zum neuen Tarif und Organisationsverträge zu nehmen. Das einleitende Referat hatte unser Vorsitzender Krasser übernommen, der in etwa eineinhalbstündiger Rede die neu geschaffenen Tarifpositionen sowie den Organisationsvertrag einer objektiven Beurteilung unterzog. Redner schätzte voraus, daß der Verhandlungsweg allerdings einen beiderseitigen Kompromiß bedinge, d. h. daß der eine Teil von seinen Forderungen etwas ablasse und der andere von seinem Widerstande zurückgehe. Der diesmalige Tarifabschluß habe aber die gegelten Hoffnungen der Gehilfenschaft arg getäuscht. Es seien zwar immerhin Verbesserungen geschaffen worden, aber diese seien zu dem Geforderten in keinem Vergleich zu bringen. Zum mindesten sei es ein großer Fehler, daß sich die Gehilfenvertreter in bezug auf die Arbeitszeitverkürzung mit leeren Händen nach Hause schicken ließen, denn die halbe Stunde pro Woche könnte doch nicht als Äquivalent dafür angesehen werden. Wenn die Verkürzung der Arbeitszeit in der Zeit der Hochkonjunktur nicht durchzusetzen sei, wie soll das dann in der niedergehenden Geschäftsepoche möglich sein. Das Argument der Prinzipale, infolge Arbeitszeiterhöhung würde ein fühlbarer Gehilfenmangel eintreten, konnte doch keinesfalls von den Gehilfenvertretern ernst genommen werden. Bedenklich sei es allerdings, daß selbst der „Korr.“, das Gehilfenorgan, eben diesen Prinzipalseinwand sich zu eigen mache. (Das ist nicht wahr. Red.) Eine schwere Schädigung der Gehilfenschaft schließe aber das wieder zugestandene Berechnen der Maschinenpreise in sich. Damit sei den Prinzipalen eine größere Ausnutzungsmöglichkeit der Maschine gesichert, und diese werde sich zum Schaden der Handfeger im massenhaften Aufstellen von Sechsmaschinen und damit verbundener Ausschüttung einer größeren Zahl von Handseger in kürzester Frist äußern. Die Sechsmaschinenfabriken sehen bereits ihren Weizen blühen und vertreiben sich jetzt schon auf Grund des Berechnens zu maßloser Reklame, die ihre Wirkung nicht verfehlen wird. Auch die Leistungsklausel für die Maschinenfeger und die Verkürzung der Putzzeit um eine halbe Stunde, die einer Arbeitszeiterhöhung gleichkommt, werden nicht bloß für die Maschinenfeger, sondern hauptsächlich für die Handfeger üble Folgen nach sich ziehen. Was nun die zehnprozentige Lohnserhöhung anbelange, so könne sie doch infolge Verschiebung der Lohnstapel als allgemeine nicht angesehen werden. Wenn dieselben aber trotzdem in der bürgerlichen Presse sowie im „Korr.“ als große Errungenschaft gefeiert und dabei auch das Entgegenkommen der Prinzipale über Gehilfen herausgeschrien werde, so müsse dem doch entgegengehalten werden, daß sie, wie oben schon hervorgehoben, von der Gehilfenschaft sehr teuer eingetauscht werden mußte. Weiter bemerke sich Redner gegen den Organisationsvertrag, der begreiflicherweise überall den Unwillen der Mitglieder ausgelöst habe, weil er ihnen ohne Vorkenntnis präsentiert wurde mit der kategorischen Erklärung: Den habt ihr anzuerkennen, ohne eine Änderung daran vorzunehmen. Nach Redners Ansicht atme der ganze Vertrag den Geist der Unternehmern und erweise sich keinesfalls als Fortschritt für die Gehilfen. Eine vertragliche Bindung auf zehn Jahre ohne Garantie auf Lohnserhöhung und Arbeitszeiterhöhung in einer Zeit der fortwährenden technischen Umwälzungen sei mehr als gefährlich. Auch die Pflicht der Schadloshaltung bei plötzlichen Arbeitsstellungen behindernde die Aktionsfähigkeit der Mitglieder und erweise sich als freiwillige Übernahme der Eigentumsdienste für den Unternehmer. Dagegen betrachte er die Bestimmung, daß die Mitglieder des Prinzipalvereins nur Verbandsmitglieder beschäftigen wollen und umgekehrt Verbandsmitglieder nur bei Prinzipalvereinsmitgliedern in Arbeit treten dürfen, als in der Praxis undurchführbar. Zum Schluß kam Redner auch darauf zu sprechen, daß die jetzt beliebte Erziehungsmethode, wonach den Mitgliedern der Streik als Schreckgespenst in den düstersten Farben geschildert werde, auf die gewerkschaftliche Aktionsfähigkeit der Mitglieder einen unheilvollen Einfluß ausübe. Es sei notwendig, daß in die Spalten des Verbandsorgans mehr sozialistischer Geist hineingetreut werde, damit die Mitglieder tüchtige Klassenkämpfer werden und allen Situationen gewachsen seien. Eine Anzahl Redner sprach ebenfalls im Sinne des Referenten und erklärte die tariflichen Abmachungen für unzureichend. Besonders wandten sie sich gegen die Festlegung des Organisationsvertrags, die über die Köpfe der Mitglieder hinweg geschoben sei. Auch die Schreibweise des „Korr.“ vor und nach der Tarifrevision wurde scharf bekräftigt. Vor derselben habe man im „Korr.“ gegen die Buchdruckprinzipale scharf gemacht, nach der Revision dagegen die ungenügenden Zugeständnisse der Prinzipale über den grünen Klee gelobt. Eine solche Schreibweise müsse Wirrwarr in den Mitgliederköpfen anrichten. Nur ein Redner erklärte sich mit dem Erreichten, das auch er als nicht genügend bezeichnete, infolge der Unmöglichkeit, zurzeit mehr herauszuholen, für einverstanden. Als Ausdruck der Versammlung wurde schließlich nachstehende Resolution mit zwei Drittel Mehrheit angenommen: „Die am 21. Oktober im Melchoredtagende Versammlung der Mitgliedschaft Zwickau kann sich mit dem neu geschaffenen Tarifverträge nicht einverstanden erklären, und zwar aus folgenden Gründen: 1. Weil die Erhöhung des Minimums um 10 Proz. den heutigen Löhnerverhältnissen nicht entspricht; 2. die Lohnserhöhung nicht eine allgemeine ist und 3. das Berechnen an den Sechsmaschinen in Verbindung mit der Verlängerung der Arbeitszeit für Maschinenfeger um eine halbe Stunde für die Gehilfenschaft unannehmbar ist.

Weiter kann die Gehilfenschaft dem vorliegenden, über die Köpfe der Mitglieder hinweg gefaßten Organisationsverträge in seiner vorliegenden Fassung nicht zustimmen, weil derselbe Paragraphen enthält, die in ihrer Auslegung zu mittragenden Folgen führen müssen, die Bewegungsfreiheit jedes einzelnen geradezu hindern und auch sonst geeignet sind, die ganze gewerkschaftliche Bewegung lahmzulegen. Die Versammlung verurteilt nach sachlicher Kritik das Verhalten des „Korr.“-Redakteurs, da derselbe seit längerer Zeit nicht mehr die Interessen der Allgemeinheit in gewerkschaftlicher Tendenz vertritt, sondern durch persönliche Polemiken die Kollegenchaft von dem Hauptgegenstande ablenkt.“

## Rundschau.

Zur Frage der Aufbesserung der mit mehr als 3 Mk. über Minimum bezahlten Gehilfen brachten wir in der letzten Nummer die Mitteilung, daß in einer Reihe von größeren Druckorten bzw. Kreisvereinen der Prinzipalorganisation der Beschluß gefaßt sei, auch Gehilfen, die kein tariflich festgesetztes Recht auf Zulagen haben, solche in einem entsprechenden Betrage zu gewähren. Wie uns nun von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, hat der Deutsche Buchdruckerverein in seiner Vorstandssitzung am 31. Oktober einen generellen Beschluß in dieser Angelegenheit gefaßt, der den Bezirksvorständen zur Durchführung aufgetragen ist. Wir sind in der erfreulichen Lage, hinzufügen zu können, daß von dieser freiwilligen Zulage alle Löhne betroffen werden, die bis zu 11 Mk. über das drückliche Minimum gehen.

Ein Zeichen der Zeit! Sendet uns da ein Kollege einen Tarifartikel ein, ohne irgendwie erkennen zu lassen, wer der Einsender ist. Nachdem wir den Herrn bereits in der letzten Nummer im Briefkasten darauf aufmerksam gemacht, daß anonyme Einsendungen keine Aufnahme finden können, entdecken wir beim Durchlesen des Artikels folgende Stelle: „Ich möchte nun einmal etwas anderes sagen, es wird zwar nicht gefallen, aber doch ist es die Wahrheit; ich fürchte auch, daß diese Zeilen unter den Redaktionsstisch fallen werden, einestels weil ich nicht unterschreiben will: Müller aus so und so, und andernteils, weil man im „Korr.“ so etwas nicht breittreten wird wollen.“ Ich möchte aber doch der verehrlichen Redaktion hier gleich zu bedenken geben, daß die Aufnahme doch besser wäre als die Unterdrückung dieser Auslassung, weil die Publikation sonst anderweit erfolgen könnte.“ Ein wirklich tapferer Anonymus: uns glaubt er seinen Namen verschweigen zu müssen, droht aber im Falle einer solchen selbstverständlichen Ablehnung mit der Publikation an anderer Stelle. Ob er dort auch anonym bleibt, und wer wohl diese „andre Stelle“ sein mag? Es scheinen in diesen Tagen alle Begriffe von Logik zum Teufel zu geben, sonst könnte man solch unerhörtes Zeug nicht schreiben.

Die in Hannover vom Vereine der Buch- und Stein-druckerbesitzer errichtete Fachschule für Lehrlinge beider Berufe wurde am 4. November in Gegenwart eines Vertreters der Königl. Regierung und der Kommunalbehörde sowie von Vertretern sonstiger beteiligter Korporationen und der sich zahlreich eingefundenen Kollegenchaft und im Weisheit der Lehrlinge feierlich eröffnet. Außer den Firmen König & Bauer, welche eine Schnellpresse, Schelter & Giesecke, welche Schriftmaterial zur Verfügung gestellt haben, hat sich noch die anständige Firma Mowinkel durch Ueberlassung einer Steindruckhandpresse um die Vervollständigung der Schule verdient gemacht. Die Errichtung der Lehranstalt im allgemeinen und die Unterhaltung derselben wird lediglich aus Mitteln des erstgenannten Vereins bestritten, da der Magistrat sich zu einer finanziellen Beihilfe nicht aufzusuchen vermocht hat. Der praktische Unterricht findet in den Räumen des Gewerbevereins, der theoretische in denen des Arbeitervereins statt, dessen Sprecher besonders hervorhob, daß vor nunmehr 60 Jahren die Buchdrucker als eine der ersten die Notwendigkeit einer umfassenden sachlichen Fortbildung erkannt hätten.

Konkurrenzöffnung: Buchdruckereibesitzer Wilhelm Groß in Laß.

Ein „unverantwortliches“ Blatt ist die im Verlage des „Öffentlichen Anzeiger“ erscheinende „Wabezeitung“. In einer Nummer der „Wabezeitung“ erschien ein Inserat, in dem die Staatsanwaltschaft unsittliche Machenschaften erkläre und deshalb Klage wegen Vergehens gegen den § 184 des Strafgesetzbuchs erhob. Da kein Redakteur zeichnete, kam der Verleger und der Expedient vor den Richter. Ersterer erhielt 20 Mk. und der Expedient 10 Mk. Geldstrafe und dieser außerdem eine solche von 20 Mk. wegen Verletzung des § 184 des Strafgesetzbuchs. Das Blatt, das ist das Schönste an der Sache, erscheint 75 Jahre in Koblenz, ohne daß es eine Person verantwortlich gezeichnet hat!

Eine Beleidigung des preussischen Abgeordnetenhauses soll die Düsseldorf „Volksstimme“ mit einem „Die Haffensinsel“ Überschriften Artikel begangen haben, der sich mit dem preussischen Schulgesetzentwurf befaßt. Es ist ein Zeichen des parlamentarischen Niederganges, wenn eine Volksvertretung — für das preussische Abgeordnetenhaus natürlich — ein nur in Gänzförmigkeit zu verprechender Begriff — das Gefühl bekommt, von der Presse beleidigt zu sein. Der notwendigen Redefreiheit

in den Parlamenten gegenüber müssen diese als Korrelat die Pressefreiheit gelten lassen. Und zumal die preussische Dreiklassen- und Junkerkammer legt sich keine Beschwerden auf, ihren reaktionären Beständen in agrarischer grober Fraturn Ausdruck zu geben! Das Düsseldorf Redakteur die Wahrheit berechtigter Interessen zu, belege ihn aber mit einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Dem schlechtesten Beispiele von Sachen, Preußen will nur leider auch das Waldecker Parlamenten mit einer Beleidigungslage gegen den Abgeordneten Dr. Rothoff (Fr. Wg.) folgen.

Die Heranziehung von Arbeitern als Schöffen scheint, wie wir in der Magdeburger „Volksstimme“ lesen, auch im Herzogtum Sachsen-Meiningen Eingang zu finden. In dem Verzeichnisse der im Amtsgerichte Gräfenthal für das Jahr 1907 gewählten Schöffen und Hilfschöffen sind acht Arbeiter aufgeführt, und zwar zwei Schieferdecker, zwei Porzellanmalter, ein Schneidemüller, ein Bergmann, ein Modelleur und ein Buchbinder.

Schöffen und Geschworene aus dem Arbeiterstande sollen nach einer ministeriellen Verordnung für das Großherzogtum Oldenburg ausgewählt werden. Wir verzeichnen auch diesen Fortschritt mit Genugtuung.

Die zivilrechtliche Haftung der Vorstände für etwa verursachten Schäden soll der Geschenktwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine nun doch enthalten. Erst ließ es, an dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung würde durch das neue Gesetz nichts geändert. Da der Reichstag am 13. November zusammentritt, wird man bald Authentisches darüber hören können.

Ein zweiter christlich-nationaler Arbeiterkongress wird anfangs 1907 in Berlin stattfinden. Seitdem Hofprediger Stöder den 60000 Mark-Bettel — wie es innerlich, mußten auch unsere Tarifverhandlungen für die Notwendigkeit dieser Kiesschnorrerei erhalten — inszeniert, steigen die Äkzien der nationalen Arbeiterbewegung geradezu schwindhaft. So wollen wenigstens die Regisseure dieser Zersplitterungsmethode glauben machen. In Wirklichkeit wird das große Rennen von 1907 den nämlichen Mißerfolg haben wie das erste im Jahre 1903, worüber ein gemiß unerträgliches Blatt, die „Kölnische Volkszeitung“, neulich schrieb: „Von den Forderungen des Frankfurter Kongresses ist zwar bis jetzt keine einzige auch nur teilweise erfüllt worden, wie überhaupt die sozialpolitische Gesetzgebungsmaschine in den letzten Jahren äußerst wenig produktiv gearbeitet hat. In Aussicht steht nur die Verleihung von Korporationsrechten an die Berufsorganisationen. Was aber diesbezüglich von den Plänen der Regierungen durchgedrückt ist, hat die Arbeiterschaft nicht gerade mit großen Hoffnungen erfüllt, eher mit Mißtrauen. Trotz der Audienz, welche der Reichstanzler im Dezember 1903 einer Deputation des Frankfurter Kongresses genährt hat, ist das praktische Ergebnis der Bemühungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft um eine Besserstellung ihres Standes, um Gleichberechtigung mit anderen Ständen also geradezu lächerlich mager.“ Das Bemühen, die christlichen Gewerkschaften in einen engeren Kontakt mit den evangelischen Arbeitervereinen zu bringen, zu welchem Zwecke am letzten Sonntag in Rheinland-Westfalen eine größere Konferenz tagte, wird, ob erfolgreich oder nicht, auch die Aussichten auf bessere Erfolge „der nationalen Arbeiterschaft“ nicht bessern.

Die Ausnahmestellung der Streikbrecher zeigen einmal wieder zwei Urteile, die beide vom Schöffengerichte Augsburg gefällt wurden. Ein streikender Maurer sagte zu Streikbrechern: „Schämt ihr euch nicht, ihr Streikbrecher?“ Dafür erhielt er zwei Wochen Gefängnis. — Ein Arbeitswilliger überfiel rücklings einen Streikposten und schlug ihm ein Loch in den Kopf. Dieser Arbeitswillige erhielt — drei Mark Geldstrafe!

Die Polizeidirektion München warnt dringend vor dem Beitritte zur „Deutschen Vaterländischen Krankenunterstützungs- und Sterbekasse, G. S. 8“ zu Buer i. W., deren Direktion sich in Magdeburg befindet.

Vertraut ist nun auch die Kranken- und Begräbnisunterstützungs-Kasse „Konfordia“ mit dem Hauptsitz in Buer i. W., das anscheinend ein Zentralpunkt für solche nicht empfehlenswerte Unternehmungen ist.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hat nach Uebereinkunft mit der Zentrale für das deutsche Krankentassenwesen, welcher zurzeit 1450 Klassen mit über drei Millionen Mitgliedern angeschloßen sind, dieser zur Verteilung an ihre Mitglieder drei Millionen Exemplare des „Merkblattes“ und des „Frauenmerkblattes“ unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Selbstverständlich kann es nicht Aufgabe einer mit bescheidenen Mitteln arbeitenden Gesellschaft sein, eine solche Massenverbreitung, die einen Kostenaufwand von etwa 8000 Mk. erfordert, zu einer dauernden Institution zu machen, doch wird einstweilen bis zur definitiven Regelung dieser Frage durch die in Aussicht stehende Reform des Krankentassenwesens ein momentanes dringendes Bedürfnis befriedigt.

In Solingen freit ein Teil der Scherenmacher. Sämtliche Arbeiter in den lithographischen Anstalten von Budapest sind wegen Ablehnung ihrer Forderungen ausständig. — Die 7000 Schuhfabrikarbeiter in Fougeres (Frankreich) wurden ausgesperrt. Die Arbeiter verlangen Sondertarife, die Fabrikanten wollen eine Vereinheitlichung der Löhne herbeiführen. — Der Streik der Zeitungsausdräger an „Het Volk“ in Amsterdam ist beendet. Es haben sich einverstanden erklärt mit dem früher immer von ihnen bekämpften Vorschlage der Aufsichtskommission, einen Stundenlohn statt Bezahlung pro Zeitung einzuführen.

**Briefkasten.**

R. B. in Berlin: 5,05 Mk. — F. Sch. in R.: 3,30 Mk. — D. H. in Berlin: Haben Sie nicht in Nr. 127 vom 30. Oktober gelesen, daß am Donnerstag den 1. November eines lächlichen Feiertags wegen keine Nummer erscheint? — D. H. in Neustrelitz: Jawohl; Sie geben uns aber die näheren Daten (Ort und Beginn der Verammlung) noch an. — W. B. in Elbing: In nächster Nummer.

Für die zahlreichen, die Sympathie mit uns besuchenden Zuschriften usw. auf die Anpöbelungen der Redaktion durch Parteizeitungen sagen wir unsern herzlichsten Dank!

**Verbandsnachrichten.**

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorferstraße 13, I.

**Essen (Ruhr).** Wegen Renovierung des Vereinslokals bleibt die Bibliothek bis zum 1. Dezember geschlossen.

**Neubabelsberg.** Der Seher Karl Jahn, geb. in Dirschau, zuletzt in Neubabelsberg in Kondition, wird hierdurch aufgefordert, seine der hiesigen Bibliothek entnommenen drei Bücher umgehend portofrei an den Bibliothekar Hermann Babel, Romows-Neubendorf, Turnerstraße 3, einzufinden, widrigenfalls andere Schritte unternommen werden.

**Hofsta i. Meckl.** Der Drucker Otto Witte aus Ribnitz i. M., angeblich in Fragebogen in Kondition, wird aufgefordert, unverzüglich 1,75 Mk. für das der hiesigen Bibliothek entlehene und nicht wieder abgelieferte Buch

an den Kollegen P. Kempin, Margaretenstraße 14, I, einzufinden.

**Zossen.** Der Seher Willy Rasché (Hauptbuchnummer 55647) aus Sandhof bei Marienburg (Westpreußen), zuletzt in Nichtenrade fonditionierend, wird aufgefordert, umgehend seinen Verpflichtungen nachzukommen, andernfalls Ausschluss erfolgt.

Der Seher Helmuth Müns (Hauptbuchnummer 55416) aus Greifswald wird hierdurch aufgefordert, das der hiesigen Bibliothek entnommene Buch portofrei an den Kollegen H. Dreuf, Baruterstraße 45, zu senden. Die Herren Funktionäre wollen denselben hiervon in Kenntnis setzen.

**Arbeitslosenunterstützung.**

**Bromberg.** Dem Seher Paul David, geboren in Nichtenhof am 11. Mai 1873 (Hauptbuchnummer 29615), ist angeblich sein Buch nebst Legitimation zwischen Strelno und Mogilno verloren gegangen. Die Herren Verwalter werden ersucht, im Falle das Buch des D. vorgezeigt werden sollte, dasselbe abzunehmen und an die Hauptverwaltung einzufinden.

**Schwab.-Gall.** Die Seher Viktor Neuhäuser aus Viehthelm (Hauptbuchnummer 55322) und Paul Roboß aus Breslau (Hauptbuchnummer 16299) werden dringend ersucht, den hier erhaltenen Vorstoß von je 3 Mk. unverzüglich an den Reisekassenverwalter Rudolf Emch, Heilbronnerstraße 70, einzufinden.

**Verammlungskalender.**

**Sodum.** Verammlung heute Samstag den 10. November, abends 9 Uhr.

**Eberswalde.** Verammlung Sonntag den 18. November, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant Neubauer, Schiffersstraße.

**Wetzlar.** Verammlung Sonntag den 2. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in Freienwalde a. D. Lokal und Räheres durch Zirkular.

**Essen.** Verammlung heute Sonnabend den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Hoffnung“.

**Essen.** Verammlung heute Sonnabend den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Hoffnung“.

**Essen.** Verammlung heute Sonnabend den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Hoffnung“.

**Essen.** Verammlung heute Sonnabend den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Hoffnung“.

**Essen.** Verammlung heute Sonnabend den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Hoffnung“.

**Essen.** Verammlung heute Sonnabend den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Hoffnung“.

**Essen.** Verammlung heute Sonnabend den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Hoffnung“.

**Essen.** Verammlung heute Sonnabend den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Hoffnung“.

**Essen.** Verammlung heute Sonnabend den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Hoffnung“.

**Essen.** Verammlung heute Sonnabend den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Hoffnung“.

**Essen.** Verammlung heute Sonnabend den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Hoffnung“.

**Dauernder Nebenverdienst**

durch Sammeln von Verlobungsanzeigen. Vertrauensmann gesucht in jeder Offizin. Zuschriften erbeten an \*Oppermanns Verlobungsanzeiger\* Berlin-Ch., Kantstrasse 99.

**Kalkulation!**

Tüchtiger Kaufmann und Fachmann in Berlin erteilt Unterricht in Satzberchnung, Druck, Papier, Kllschees usw., Berechnung der Buchbinderarbeit sachgemäß und diskret in den Abendstunden bei mäßigem Honorar. Meldungen unter M. T. 119 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Galvanoplastiker**

tüchtig im Prägen, vertratet wird sofort gesucht. Werte Offerten unter Nr. 44 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Stempelschneider**

für Frankfurt a. M. gesucht. Werte Offerten unter Nr. 108 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

**Gewandte Teilerinnen**

und jüngere **Arbeitsmädchen** sofort gesucht von der Schriftführerei [121] C. F. Hübl, Leipzig Pl. Grenzstr. 7.

**Altdenz- und Zuckersetzer**

sucht, gestiftet auf gute Zeugnisse, darunter, angenehme Stellung. Leipzig bevorzugt. Werte Offerten unter A. D. 120 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Tüchtiger Maschinenmeister**

im Akzidenz-, Werk-, Farben- und Plattendrucke auf Schnellpresse, Tiegel sowie auf Zweitourmaschinen mit Bogenanleger (König & Bauer) bestens vertraut, sucht sich baldigst tarifmäßig zu verdingen. Werte Offerten erbeten an R. Görner, Ploersche Hofbucht., Altenburg (S.-A.). [128]

**Jonass & Co.**  
BERLIN SW. 247, Belle-Alliancestr. 3  
Ergänzt 1893. Ergänzt 1893.

Teilhaltungen  
Wir liefern gegen Kt. monatlich die besten Uhren u. Goldwaren Musikwerke, Geschenkartikel

Jährl. Versand über 12,000 Uhren. Über 100,000 Kunden. — Viele tausend Anerk.

Katalog mit üb. 1000 Abbildungen gratis u. franko.

**Fittel**  
aus Braunen und Braun gefärbten prima aus Stoffen, auf der Schukur zu knöpfen, 110 120 130 140 cm lang 2,15 2,25 2,40 2,55 Mk.

Glanz Antize: Röper 1,50, Satinroper, edel farbig 5,50 Mk. Fabrik für Schuhbefestigung D. Wurzel & Co., Berlin SO, Brückstraße 13.

**Verein Berliner Korrektoren.**

Vorsitzender: Georg Müller, S 14, Mitte Jakobstraße 71.  
Arbeitsnachweis: Buchdrucker J. Schlegler, S 14, Mitte Jakobstraße 68. Fernspr. Amt IV, 7919.  
Kassierer: Alwin Fuernmann, SO 83, Biederstraße 12.  
Arbeitsnachweis: Buchdrucker J. Schlegler, S 14, Mitte Jakobstraße 68. Fernspr. Amt IV, 7919.

**Verammlung:** Sonntag den 18. November, abds. 7 Uhr, im „Graphischen Vereinslokal“, Alexandrinenstraße 44. Tagesordnung: 1. Neuaufnahmen; 2. Vereinsmitteilungen; 3. Kommissionen; 4. Verschiedenes. (Vorstandsbericht 5 Uhr.) Die Mitglieder werden höflichst ersucht, vollständig zu erscheinen. Der Vorstand. [122]

**Anhänger.**

Zweiseitig mit Gutenberg und Wappen mit Inschrift: „Verband der Deutschen Buchdrucker“.

Wolfsmetall . . .	0,80 Mk.	Nur vorrätig in:	
Metall vergolot . . .	0,80 „	Mk.	
Silber . . .	1,25 „	Amerikan. Double.	1,75
Echt Silberdouble . . .	1,75 „	Echt Silberdouble	2,50

**Max Schmitz, Kunsthandlung,**  
Leipzig-R., Kronprinzstrasse No. 19.  
Wo noch nicht vorhanden, Vertreter gesucht!

Fassung c. Fassung d.

**Man beachte die Farben, welche die Beilagen der „Typographischen Jahrbücher“ zeigen!** Diese bringen völlig neue Nuancen, gemischt mit nur zwei Farben. Jedes Heft enthält über 20 prächtige Beilagen und kostet nur 50 Pf. im Abonnement. Auf das vor kurzem erschienene reich ausgestattete Oktoberheft sei wiederholt besonders hingewiesen. Alle Buchhandlungen und Vertreter nehmen Bestellungen entgegen. . . . . **Ohne Konkurrenz!**

Von Julius Mäser, Leipzig-R., verlange man:  
**TECHNIKUM FÜR BUCHDRUCKER**  
**Unterrichtsbücher für Buchdrucker.**

Herausgegeben vom Technikum für Buchdrucker in Leipzig. 30 Briefe für Setzer und 30 Briefe für Drucker. Jeder Brief bildet ein abgeschlossenes Ganzes. Preis im einzelnen je 75 Pf., bei Bezug von 30 Briefen je 50 Pf. Ausführliche Spezialprospekte über dieses in der graphischen Fachliteratur einzig dastehende Werk stehen kostenlos zu Diensten. [115]

**TECHNIKUM FÜR BUCHDRUCKER**  
Beginn des nächsten Kursus am 1. Jan.  
Lehrplan: Werk-, Zeitungs-, Inseratensatz, Akzidenz- und Formensatz von einfacher bis schwieriger Art. Farben- und Formenlehre. Zeichnen (Skizzieren), Topplattenschneiden. Drucktechnik. Die Arbeiten des Korrektors und Faktors, Kalkulation von Drucksachen. Vorträge über Kunstgeschichte, Maschinen- und Papierwesen, Reproduktionsverfahren, Werk-, Illustrations- und Farbendruck in ihrem Zusammenhang mit der Leitung der Buchdruckerei usw. Der Unterricht ist ein theoretischer und praktischer. Prospekte durch die Geschäftsstelle Leipzig-R., Senefelder-Strasse 13-17.

**Was ist Wahrheit?**  
Meine Wahrheit ist, daß Sie bei mir **Herrenkleiderstoffe** billiger wie überall kaufen. — Lesen Sie meine Preise! [747]

Für 5,05 Mk.	1,80 m	guten Winterfoden z. Soppe;
„ 8,25 „	3 m	eleg. Streifenanzug (Cheviot);
„ 11,00 „	2 „	alten Stoffe zu Winterober;
„ 16,50 „	3 „	Neuzeit z. Streifenanzug;
„ 20,00 „	3 „	sch. Nipsanzug, garnirt rein Ramung zu sein; Salomananzug;

Jeder Versuch führt zu dauernder Kundshaft. Garantie: Austausch oder Geld zurück. — Versand von 10 Mk. an franko. Muster sende portofrei an Jedermann.

**Cour. Bühner, Tuchverhand, Nürnberg 108.**

**ZEICHNEN**  
und  
**SCHNEIDEN**  
Von Oberfaktor W. Kaitenbusch

Von allen Fachblättern und vielen Fachlehrern bestens empfohlen für Unterrichts-Kurse und zum Selbststudium

Noch vorhandene kleine Rest-Auflage gegen Einsendung von 75 Pfg. franko zu beziehen durch

**LIONS BUCHDRUCKEREI, FÜRTH I. B.**

**Nachruf!**  
Am 31. Oktober und am 3. November entritt uns der unerbittliche Tod zwei liebe Kollegen, die Setzer

**Albert Knötzke und Max Vollrath.**

Wir verlieren in den Dahingeshiedenen durch ihr bescheidenes Wesen uns teuer gewordene Freunde, deren Andenken wir stets in Ehren halten werden!

Berlin, den 5. November 1906. [117.]  
Die Kollegen der „National-Zeitung“.

Am 6. November verstarb unser lieber Kollege und langjähriger Mitarbeiter, der Schriftsetzer

**Louis Kupfer**  
im Alter von 53 Jahren.

Wir werden ihm ein stetes Andenken bewahren.

Die Kollegen der Firma Metzger & Wittig Leipzig.

Am 3. November erkrank im Auer Mühlbache unser wertos Mitglied, der Setzer

**Richard Lange**  
aus Passau im Alter von 37 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Mitgliedschaft München. [116]

Am 6. November verstarb nach kurzem Leiden im Elternhause zu Lappersdorf unser lieber Kollege, der Setzer

**Johann Schöffner**  
im 21. Lebensjahre.

Ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Mitgliedschaft Regensburg. [118]

Um postlichen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, wolle man alle für den „Korr.“ bestimmten Geldsendungen nicht an die Geschäftsstelle oder Expedition des „Korr.“, sondern an Konrad Gehler adressieren.

Offertendriehe sind ausschließlich an die Geschäftsstelle des „Korr.“ (Konrad Gehler), Leipzig, Salomonstr. 8, zu senden. Offertendriehe ohne Bezeichnung können nicht beiderwert werden. Die Geschäftsstelle des „Korr.“

**Richard Härtel, Leipzig-R.**  
(Inhaber: Clara verw. Härtel)  
Kohlgrabenstrasse 48

liefern Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. „Festhülle“, ein zu jeder Verbandsveranlassung geeigneter wirkungsvoller Männerchor von Hr. Schweißert und Hr. Kraft. (A capella, mit Harmonisbegleitung oder kleinem Blasorchester.) Partitur 2 Mk. Stimmung 30 Pf. Druckerstimmen zumachen 3 Mk.

Geschichte der Technik und ihre Entwicklung bis auf die heutige Zeit. Von Karl Hermann. Mit vielen Illustr. 1,80 Mk. (Die Systeme sämtlicher existierender Sehmashinen und deren Technik.)